

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf. für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 1. April 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Kuba und die Vereinigten Staaten.

Denkt man an das Schicksal des spanischen Kolonial-
 besitzes von der Nordgrenze von Texas bis fast zur
 Südspitze des amerikanischen Kontinents, so ist es eigentlich
 verwunderlich, daß Kuba nicht schon lange seine Unabhängig-
 keit vom Mutterlande erzwungen hat. Und dies ist desto
 erklärlicher, da Kuba schon in harten und langwierigen
 Kämpfen die Widerstandsfähigkeit Spaniens auf die
 Probe gestellt hat. Aber was Mexiko und den
 südamerikanischen Besitzungen verhältnismäßig leicht gelang,
 dazu brauchte Kuba langwieriger Kämpfe.

Schon im Jahre 1717 brachen gefährliche Aufstände aus
 wegen der beabsichtigten Einführung des Tabakmonopols. Von
 1812 ab gab es zahlreiche zum theil sehr blutig verlaufene
 Aufstände der Negersklaven. Die Unabhängigkeitserklärung
 der südamerikanischen Republiken und ihr Streben, der
 spanischen Herrschaft auf amerikanischem Boden ein für allemal
 ein Ende zu machen, zwang das Mutterland zu weitgehender
 Nachgiebigkeit den Wünschen der einheimischen Bevölkerung gegen-
 über. Aber auch auf Kuba waren wirtschaftspolitische Gesichts-
 punkte mächtiger als nationale Romantik und religiöses Band:
 Die Kubaner gravitirten, seitdem bei ihnen der Gedanke, sich
 unabhängig zu machen, erstarkt war, nach den Vereinigten
 Staaten, die ihnen mächtigen Schutz, friedliche Entwicklung,
 kapitalistische Förderung, ein weites Absatzgebiet und eine
 billige Verwaltung sicher stellen konnten, während sie für die
 große amerikanische Republik der politische, militärische und
 kommerzielle Stützpunkt für den weiten mexikanischen Golf,
 das reiche Westindien und die Küsten Mexiko's und Zentral-
 amerika's werden und eine Brücke nach Südamerika bilden
 konnten. Für die Vereinigten Staaten galt es auch zu ver-
 hindern, daß ein mächtigeres Staatswesen als Spanien sich
 in den Besitz dieser hochwichtigen Insel setze. Hatten doch
 schon 1762 die Engländer sich auf Kuba einmal festgesetzt,
 zu einer Zeit, als die wirtschaftliche Bedeutung der Insel
 noch lange nicht so groß war, wie im 19. Jahrhundert. Den
 Politikern der nordamerikanischen Union, die seit Jahrzehnten
 auf den Erwerb der kleinen dänischen Inseln in Westindien
 sinneten, mußte der Gewinn Kuba's weit bedeutungsvoller er-
 scheinen. Deshalb haben alle Aufstände auf Kuba die
 moralische und materielle Unterstützung der Vereinigten
 Staaten, wenn auch nicht gerade direkt der Re-
 gierung, so doch sehr einflußreicher und mächtiger Be-
 völkerungskreise der nordamerikanischen Großmacht ge-
 funden. Und die Regierung, die zwar nicht Geld, Waffen,
 Munition und Mannschaften direkt an die Aufständischen
 lieferte, hat diese Lieferungen nur hier und da und auch
 dann bloß zum Schein zu verhindern gesucht, sie ließ fast
 offen wirkende Gesandtschaften der Aufständischen auf ihrem
 Gebiete residiren, hat ihren diplomatischen Einfluß zu gunsten
 der Kubaner spielen lassen und hat des öfteren große Geld-
 angebote für die Abtretung der Insel gemacht, so beschloß
 1845 der Senat der Vereinigten Staaten, die Insel abzu-
 kaufen, Ende 1854 wurde in dringendster Weise der spanischen
 Regierung fast eine halbe Milliarde Mark geboten, um
 die Insel hierfür annectiren zu dürfen. Auch während
 des zehnjährigen Aufstandes, der 1868 ausbrach und nur
 durch große Zugeständnisse an die Aufständischen beendet
 wurde, sandten die Insurgenten mannigfache Forderungen seitens
 der Union. So groß auch die den Kubanern in den Jahren
 1878 bis 1881 gemachten Zugeständnisse den Spaniern schienen,
 so wenig konnten sie die Inselbewohner befriedigen. Die
 ebenso kurzzeitige wie gierige Inanspruchnahme der Insel zu
 gunsten der nothleidenden Finanzen, die schwer auf Kuba
 lastenden Staatsschulden, die unerhörte Wirtschaft der Bureau-
 kratie, die Unbuddsamkeit gegenüber jeder freien Regung und die
 ungenügende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse
 der Insel führten 1895 zu einem neuen Aufstande, der trotz
 gewaltiger Anstrengungen der Regierung, trotz der Veruche,
 einmal mit äußerster Strenge, das andere Mal mit weit-
 gehendstem Entgegenkommen der Bewegung Herr zu werden,
 heute so unbefiegt dasieht wie je. Das liberale Ministerium
 hat es an sehr weitgehenden Zugeständnissen in den
 letzten Monaten nicht fehlen lassen; sicher wären diese
 freudig von den Aufständischen angenommen worden,
 wären sie nicht von der baldigen Erschöpfung der Machtmittel
 ihrer Gegner überzeugt und rechneten sie nicht bestimmt auf die
 Intervention der führenden amerikanischen Republik.

Die Frage entsteht, warum das ausgefogene, bankrotte,
 wirtschaftlich und kulturell daniederliegende Spanien, nach-
 dem es in seiner seit mehr als drei Jahrhunderten absteigenden
 Geschichte weit größere und folgenreichere Einbußen als den
 drohenden Verlust der westindischen Besitzungen verschmerzen
 mußte, nicht einen guten Ausweg sucht, um seiner über-
 jenseitigen Sorgen in anständiger Form los zu werden. Aus
 Kuba etwas für die spanischen Finanzen zu schöpfen, würde
 ihm selbst in dem fast unmöglich scheinenden Falle der Be-
 ruhigung der Insel nicht möglich sein. Ein großer Theil der
 Kulturen, der Fabriken und Ortschaften ist durch den von
 beiden Seiten barbarisch geführten Kriege vernichtet, trotz der
 Gnußt des tropischen Klima's wird die Insel eine Reihe von
 Jahren brauchen, um sich von den schweren Schlägen zu er-
 holen. Auch der spanische Nationalstolz, von dem jetzt so
 viel in den Blättern gesprochen wird, ist es nicht, der Spanien
 den hoffnungslosen Kampf weiterführen ließ. Die Staatsmänner
 des Vordänkenreichs waren im vorigen Jahrhundert weit mehr als

heute von der Größe seiner Geschichte, von der Bedeutung des
 spanischen Namens erfüllt, und doch hat zur Zeit des fürchter-
 lichen peruanischen Aufstandes, der dem nordamerikanischen Unab-
 hängigkeitskriege zeitlich folgte, der spanische Minister Graf
 von Aranda (1788) sich bereit erklärt, in die Unabhängigkeit
 eines großen Theiles des Kolonialbesitzes zu willigen. Wenn
 Spanien vielleicht doch halbstarvig gegenüber den Forderungen
 der Kubaner und ihres Rückhaltes, der Vereinigten Staaten,
 bleiben sollte, so ist die Hauptursache nicht in irgend welchen
 weithergehenden Gründen zu suchen, sondern in dem Umstande,
 daß der Bestand der spanischen Monarchie aufs äußerste ge-
 fährdet ist. Es giebt wohl kein Land Europa's, höchstens
 mit Ausnahme der Türkei, wo die Unzufriedenheit
 mit der Regierung, ihrer Verwaltung und ihren obersten
 Repräsentanten so groß ist wie in Spanien. Die Königin-
 Regentin ist überaus unpopulär; dieser Frau ohne jede höhere
 Begabung, mit der oberflächlichen Prinzessinnen-Erziehung, die
 bloß auf sogenannte würdige Repräsentation gerichtet ist, die
 noch heute die Sprache ihres Adoptivwaterlandes nicht be-
 herrscht, die in ihrer angeheirateten Familie auf die größten
 Schwierigkeiten gestoßen ist, die wehlos und allein einem von
 Intriguen ärgster Art beherrschten Hof gegenüber steht, dieser
 Frau waren die schwersten und größten Aufgaben gestellt; ohne
 jede Popularität, besorgt um das für ihren noch im Kindes-
 alter stehenden Sohne verwallete Erbe, mußte sie unfähig zu
 jedem energischen Entschlusse sein. Die monarchischen Parteien,
 in ihrer Gesamtheit viel schwächer, als es den Anschein hat, sind
 innerlich gespalten; sie warten gierig darauf, irgend welchen Fehler
 oder nur eine unpopuläre Handlung der Machthaber auszunutzen
 um die Herrschenden in Amt und Würden, außerdem Glanz und
 Machtbefugnissen abzulösen. Die Bevölkerung leidet tief unter
 dem schweren Steuerdruck und der rücksichtslosen Eintreibung
 der Steuern, zahllosen Familien haben die Kolonial-
 kriege Trauer ins Haus gebracht, die Bourgeoisie
 ist unzufrieden, denn für die Entfaltung der wirt-
 schaftlichen Kräfte des Landes geschieht nichts und die
 hohen Wechselkurse unterbinden die Handelsbeziehungen mit
 dem Auslande. Die niedere und mittlere Beamtenschaft wie
 die Lehrer sind aufs äußerste unzufrieden, weil sie zum theil
 seit Jahren auf die Bezahlung der Gehälter warten. Die Geistlich-
 keit lauert auf den Augenblick, wo sie gegen die Regierung
 predigen und agitiren kann, denn sie ist im Herzen karlistisch
 gesinnt. Die wohlorganisirten Karlisten und die weit-
 verbreitete, wenn auch weniger gut organisirte republikanische
 Partei würden das Haupt erheben, wenn die Regierung ihnen
 einen starken Angriffspunkt bieten würde. Deshalb fehlt es bei
 der Regierung an der Kraft zu einem energischen Entschlusse,
 nicht bloß in der kubanischen Frage. Man fürchtet,
 daß ein Funke ins Pulverfaß fliege und die spanische
 Monarchie und die Herrlichkeit der gegenwärtigen Machthaber
 im Nu weggehe!

So ist Spanien wegen der dem großen Theile der Be-
 völkerung gleichgiltigen Rücksichten auf die Erhaltung der
 Monarchie weit schwächer noch als es durch die Erschöpfung seiner
 Hilfsmittel schon geworden ist. Für das Pyrenäenreich
 entsteht die Frage, was es verlieren kann, wenn es wirklich
 zu einem Kriege mit den Vereinigten Staaten kommen würde.
 Leichtfertige Politiker könnten sagen, mehr als bankrott kann
 das Land nicht werden, mehr als seine Kolonien kann es nicht
 verlieren. Sicherlich werden die europäischen Regierungen nicht
 zugestehen, daß die Vereinigten Staaten irgend welchen euro-
 päischen Besitz erwerben; aber die völlige Zerrüttung der
 spanischen Wirtschaft, des Handels und der kulturellen Ent-
 wicklung würden die Folgen eines Krieges mit den Vereinigten
 Staaten sein.

Wohl ist die große transatlantische Republik für den
 Augenblick nicht kriegsbereit gegen einen ernsthaften
 Gegner, wohl ist es nicht ausgeschlossen, daß Spanien
 nach der Kriegserklärung einige Erfolge erzielt, aber
 die ungeheuren Hilfsquellen des jungen Staatswesens
 würden die Scharten bald ausweihen lassen und Or-
 ganisationen zur Führung des Krieges würden während des
 Krieges geschaffen werden. Die Vereinigten Staaten können
 einen jahrelangen Krieg mit dem absterbenden Spanien aus-
 halten, die Kraft Spaniens müßte nach wenigen Monaten
 selbst bei Begünstigung durch das Kriegsglück vollständig er-
 schöpft sein.

Man wendet gegen den Ernst nordamerikanischer Kriegs-
 absichten ein, daß die Vereinigten Staaten keine Militärmacht
 seien. Das ungeheure Menschenangebot während des
 Sklavenbefreiungskrieges, die großen militärischen Leistungen
 des Offizierkorps, die Ausdauer der Soldaten in denselben
 wird auch von den Gegnern der Milizarmeen rückhaltlos
 anerkannt. Und an dem Streben, sich auszudehnen, fehlt es
 wahrlich den Vereinigten Staaten nicht. Was für ein Riesen-
 staot ist aus den 13 englischen Kolonien geworden, die 1776 ihre
 Unabhängigkeit proklamirten. Den 13 Staaten haben sich 31 andere,
 dann drei organisirte Territorien und drei weitere Gebiete an-
 gegliedert. In den letzten 50 Jahren hat sich der Besitz der Vereinigten
 Staaten fast verdoppelt. Würde auch die friedliche Anglei-
 cherung stets bevorzugt, so hat die Republik auch kriegerisches Ein-
 greifen, so gegen Mexiko, nicht verschmäht, um seinen
 Besitz abzurunden. Mit gierigen Augen, lauernd, aber
 auch vorsichtig zurückhaltend, wartet die Union darauf,
 daß ihr Kanada und die übrigen Kolonien Englands
 in Nordamerika zufallen. Die Betonung der Monroe-
 doktrin, die panamerikanische Agitation deuten wahrlich darauf
 hin, daß die Vereinigten Staaten ihre Mission auch im Süden

des langgestreckten Kontinents nicht für abgeschlossen erachten.
 Heißblütig sind freilich die verantwortlichen Vertreter der
 auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten nie gewesen, sie
 können warten, wissen sie doch, daß ihre Macht von selbst
 ununterbrochen wächst, daß ihnen das, was sie wünschen,
 zuletzt doch als reife Frucht in den Schoß fallen wird.

Man wendet gegen die Absicht der Vereinigten Staaten,
 in der kubanischen Frage das entscheidende Wort zu sprechen,
 ein, daß die Staatsmänner der Union kein Interesse haben
 können, ihre farbige Bevölkerung um eine halbe Million
 Neger, viele Chinesen und um eine Million der
 bei der anglosächsischen Rasse nicht beliebten und geachteten
 Creolen zu vermehren. Aber das Ergebnis der nord-
 amerikanischen Intervention muß gar nicht die Aufnahme der
 Insel in den amerikanischen Staatsverband sein. Haiti hätte
 die große Republik längst verschlingen können, sie hat sich aber
 mit einer nicht vertragsmäßigen Schutzherrschaft begnügt; so
 kann auch Kuba selbständig werden, und die Vereinigten
 Staaten sich doch politischen und wirtschaftlichen Nutzen aus der
 Sicherung ihres Einflusses auf die Verwaltung der Insel ver-
 schaffen.

Dann wird der amerikanische Zuckerrust, der bei der
 Frage der Einverleibung Hawaii's seine Finger im Spiele hat
 und den Zuckereport Kuba's monopolisirt hat, ebenso sicher
 sein Schäflein scheeren, als wenn Kuba als neuer Stern in
 das Banner der Vereinigten Staaten aufgenommen würde,
 und auch die Interessen der amerikanischen Besitzer kubanischer
 Tabakplantagen und der Zigarettenfabrikanten in den Ver-
 einigten Staaten wären gewahrt.

Spanien droht den Vereinigten Staaten mit der Inter-
 vention europäischer Staaten und mit dem Raperu der amerika-
 nischen Handelschiffe. Beide Drohungen sind nicht ernst zu nehmen,
 die europäischen Regierungen werden sich um Kuba's willen
 kaum einen Finger verbrennen wollen und beim Raperu
 würden die Spanier mehr zu leiden haben als die amerika-
 nischen Heber. Die amerikanischen Kriegschiffe sind moderner
 und schneller wie die Spaniens und das Geld zum Ausrüsten
 von Raperchiffen ist in Amerika so leicht reichlich zu schaffen,
 wie es in Spanien sehr schwer aufzutreiben ist.

Die kapitalistische Entfaltung Kuba's würde durch ein
 engeres Verhältnis zu den Vereinigten Staaten jedenfalls weit
 mehr gefördert werden als durch ein Verbleiben der Insel in
 spanischer Verwaltung.

Wir lassen die wichtigsten der heute eingetroffenen
 Meldungen über die Lage des spanisch-amerikanischen Konflikts
 hier folgen:

Nach einer Meldung der Wiener „Neuen Fr. Presse“ hätte die
 spanische Regierung die Intervention der Großmächte angerufen.
 Der französische Botschafter Cambon besuchte den stell-
 vertretenden Staatssekretär Day und erklärte ihm, falls die Ver-
 einigten Staaten irgend einmal glauben sollten, Frankreich könne
 etwas dazu beitragen, eine schwere Krise zu verhindern und den
 Frieden zu erhalten, wiesse er nicht, daß Frankreich in einer
 Weise Vermittlungsdienste leisten werde, wie es für beide Mächte
 annehmbar sei.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet der „Voss. Ztg.“ zufolge
 aus New-York unterm 30. d. M.: Wie verlautet, ließ Sagasta durch
 Woodford den Präsidenten fragen, ob die Unabhängigkeit Kuba's die
 Vorbedingung für eine friedliche Lösung des Streites bilde. Mac Kinley
 erwiderte unverzüglich ja; keine Verständigung sei ohne diese möglich.
 Spanien wurde eine Frist von 48 Stunden für die Antwort
 gegeben. Gestern kam ein Vorschlag Mac Kinley's, Spanien solle
 die Unabhängigkeit Kuba's anerkennen und die Insel räumen
 gegen Zahlung einer Entschädigung von über achthundert Millionen
 Mark durch die Russländer; Spaniens Antwort wird heute
 (Donnerstag) erwartet. Der Präsident bewog die Kongressführer,
 inzwischen nicht übereilt zu handeln. Die kubanische Junta in
 New-York will die Entschädigung auf 400 Millionen herab-
 gemindert wissen und hält auch diese Summe für übertrieben hoch.

Das amerikanische Repräsentantenhaus stimmte Mittwoch mit
 179 gegen 139 Stimmen der Entscheidung seines Präsidenten zu,
 daß der von Bailey eingebrachte Antrag, wonach Kuba als unab-
 hängig und Spanien der Krieg zu erklären sei, einstimmig sei.
 Es wurden noch mehrere ähnliche Anträge eingebracht; das
 Haus nahm aber zu demselben keine Stellung.

Der Ausschuß des Senates der Union für die auswärtigen
 Angelegenheiten gelangte nicht zu einer Sitzung, betreffend die
 in der kubanischen Frage eingebrachten Resolutionen. Sie wurden
 sämtlich einem Unterausschusse überwiesen.

Wie aus Washington gemeldet wird, beorderte General
 Miles, der Oberbefehlshaber der nordamerikanischen Armee, ein
 Regiments nach Fortugas und drei andere nach Key West.

Das „New York Journal“ meldet aus Washington, dort
 verlautet, die amerikanische Regierung habe von Danmarck dessen
 westindische Besitzungen und fünf große Schiffe für 15 Millionen
 Dollars angekauft.

Dem Valermitaner Blatte „Sicilia“ zufolge soll die der Ge-
 sellschaft Florio-Rubattino gehörige Yacht „Regula“ von den Ver-
 einigten Staaten für 1 1/2 Millionen in Gold angekauft sein. Die
 Yacht soll zu einem Aviso umgebaut werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 31. März.

Aus dem Reichstage. Die heutige Schlussberatung
 des Etats verlief verhältnismäßig ruhig. Bei dem Titel
 Reichs-Justizamt kam es zu einer kleinen Auseinandersetzung
 zwischen dem Staatssekretär Rieberding und dem Abg.
 Dr. Lieber. Letzterer beschränkte sich darüber, daß der
 preussische Justizminister im Abgeordnetenhause eine Dar-
 stellung der Behandlung des früheren Erzbischofs Meiners

im Gefolge gegeben habe, die den Thatsachen nicht entspricht. Der Staatssekretär weiß von dem Vorgang, wie üblich, nichts, und ersuchte er Herrn Lieber, seine Beschwerden im Landtage vorzubringen.

Genosse Stadthagen berichtete den preussischen Justizminister dahin, daß bei der Eintragung des verstorbenen Erzbischofs als „Hofrichter“ es sich nicht um ein Versehen eines untergeordneten Beamten handelte, sondern daß dieser nur reglementarische Vorschriften ausgeführt habe, die eben eines Kulturstaates nicht würdig sind.

Schmidt-Frankfurt brachte den in der Presse vielfach erörterten Fall zur Sprache, daß man einer Frau, die einen 10 Wochen alten Säugling zu ernähren hatte, einen Strafschub nicht gewähren wollte.

Beim Postetat kam es zu Auseinandersetzungen über das Briefgeheimnis, wozu Hebel sprach. Singer rügte die Beeinträchtigung der Postbeamten in bezug auf ihre Versammlungs- und Vereinsfreiheit, worauf Bobbielski das schon oft erörterte Thema vom Fernhalten sozialdemokratischer Einflüsse auf die Beamten noch einmal vortrug.

Bei der Reichsdruckerei kam Dr. Hammacher wieder auf den Fall Grünenthal zu sprechen, er verlangte in Zukunft strengere Kontrolle. Müller (Sagan) unterstützte den Vorredner.

Von Interesse war die Mitteilung des Herrn Generalpostmeisters, daß Grünenthal im Besitze von Privatvermögen sei, das den Betrag der gestohlenen Noten — 260 000 Mark — weit übertrage.

Wo mag Grünenthal nur dieses Vermögen herhaben? Als Druckereifaktor hat er es sicher nicht ersparen können. Liegt die Erklärung vielleicht in der weiteren Mitteilung des Herrn Bobbielski, daß in den letzten 18 Jahren für 88 Millionen Wertgegenstände in der Reichsdruckerei hergestellt worden sind und hat sich vielleicht doch öfter die Gelegenheit geboten, ebenso wie am 14. Januar 1897, etliche Scheine von den 10 pSt. Materialüberschuß, die der Druckerei geliefert wurden, beiseite zu schaffen? Da scheint noch manches der Aufklärung zu bedürfen.

Der Rest des Etats wurde fast ohne Debatte erledigt. Die Petitionen und Resolutionen zum Etat sollen nach den Ferien erörtert werden. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 26. April.

Das preussische Abgeordnetenhaus übernahm heute nach längerer Debatte die Gesetzentwürfe, betreffend das Einkommen der evangelischen und katholischen Pfarrer an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Verhandlungen, in denen die Gegensätze zwischen der katholischen und der evangelischen Kirche einerseits, die Gegensätze zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche andererseits deutlich zu Tage traten, entbehrt des allgemeinen Interesses. Charakteristisch ist es nur, daß von den Freikirchlichen kein Redner den Muth fand, gegen die Verwendung allgemeiner Staatsmittel für bestimmte Religionsgemeinschaften zu protestieren. Den größten Widerstand begegneten einige Bestimmungen der Vorlage, aus denen sich die Befürchtung einer zu großen Belastung leistungsunfähiger Gemeinden herleiten läßt.

Auf der Tagesordnung von morgen, der letzten Sitzung vor den Osterferien, stehen nur Petitionen.

Die englische Politik in Ostasien. Unser Londoner Korrespondent schreibt vom 29. März:

Gestern ist Lord Salisbury nach Süd-Frankreich abgereist, wo er an der Riviera eine Villa besitzt. Er sah sehr angegriffen aus, doch wird sein Gang als kräftig und elastisch geschildert. 68 Jahre ist für einen Mann in seiner Lebenslage ja auch kein übermäßig hohes Alter. Es wird erklärt, daß der Premier nicht unter vier Wochen im Süden bleiben wird.

Seine Partei hat ihm keine sonderlich herzlichen Wünsche auf den Weg gegeben. Es herrscht eine, bei einem Theil nur schwach verhüllte, bei einem anderen aber offene kundgegebene rebellische Stimmung im konservativen Lager. Daß Rußland nun doch seine Eisenbahnkonzessionen in der Mandchurie und Schینگing, und neben der Sucht von Talienwan auch Port Arthur erhält, was praktisch die Annexion der beiden Provinzen bedeutet, verursacht vielen Zorn, die noch an der alten antirussischen Tradition festhalten, arges Geröchel. Auch sind die marxistischen Zugeständnisse, die England dafür aufweisen kann, zweifelhaft genug, um selbst von den weniger sentimentalischen Mitgliedern der Partei als ungenügende Entschädigung betrachtet zu werden. Sie verlangen, wie Oliver Twist, nach mehr. Die „Times“ geben diesem Verlangen und der Zustimmung gestern einen geradezu brutalen Ausdruck, indem sie fast am Tage der Abreise Salisbury's das Verlangen stellten, derselbe solle seine Stelle als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten niederlegen und sich mit der Premierstellung begnügen. Der Wilde, der seinen Fetisch zerschmettert. Gerade die „Times“ und ihr Anhang hatten vor drei Jahren am lauteften nach Salisbury geschrieben, dem himmlischen Minister das Auswärtigen“. Jetzt entdecken sie, daß er zu viel Engelhaftes an sich hat und verlangen nach einem, der den Teufel im Leibe hat.

Ob ein solcher die Situation für England bessern würde? Wenn er dem Geschrei der Jingoes nachgibt, sicherlich nicht. Es ist eine der schneidendsten Fronten der Situation, daß von allen Blättern die „Pall Mall Gazette“, sonst eine der lautesten Schwärzereien, gestern Abend zur Ruhe und Mäßigung mahnte. Wünschen die „Times“, schreibt das Blatt des Herrn Astor, daß das Land zum Streit mit Frankreich, mit Präsident Krüger (lies: Deutschland), mit Rußland treibt? Dann sollte das Cit-Blatt es doch sagen. Ferner möchte es doch den Kandidaten für das Auswärtige nennen, der auch nur ein Beutel der Erfahrung Lord Salisbury's besitzt, und schließlich möchte es doch gefälligst angeben, was England in den chinesischen Gewässern anders thun könne als das, was jeder Mann begreife, nämlich — Chusan besetzen.

Etwas wie das letztere ist sicher im Wert. Nicht umsonst ist das chinesische Geschwader plötzlich mobilisiert worden. Im übrigen hält sich die Regierung noch in Stillschweigen und hat sich lediglich dazu verstanden, dem Parlament zu versprechen, daß sie ihm bis spätestens nächsten Dienstag Auskunft über ihre Politik geben werde. Auch diese Zurückhaltung zeigt, wie sehr England durch die Entwicklung der letzten Jahre und seine Politik des Zurückhaltens ins Hintertreffen gerathen ist. Früher hätte das Parlament sich allenfalls in einer Frage der europäischen Politik, aber nimmermehr in einer Frage Ostasiens ein solches Einhalten gefallen lassen.

Die widersprechendsten Nachrichten durchschwirren die Luft. Nach einem Bericht der „Press Association“ gewinnt in parlamentarischen Kreisen das Gerücht immer mehr Glauben, daß längst zwischen der russischen und der englischen Regierung ein geheimes Einvernehmen bestehe. Bestätigung für diese und ähnliche Meldungen bleibt natürlich abzuwarten. Inzwischen wird in den Arsenalen feieberhafter als je gearbeitet.

Deutsches Reich.

— Eine große Organisation der Sammlungs-politiker wird in der „Konservativen Korrespondenz“ vorgeschlagen. Das offizielle Organ der Deutschkonservativen schreibt hierüber:

„Es also das Kolportieren des Sammlungsaufrufes behufs Erlangung von Unterschriften, deren rasch viele tausende gewonnen werden könnten, im großen und ganzen zwecklos, so muß angefangen werden, die Reichstagswahlen der Hauptwert auf eine zweckmäßige Organisation der Sammlung gelegt werden. Bis jetzt ist der Ausruf, der ein festes Programm darstellt, um welches sich die für den Schutz der nationalen Arbeit eintretenden Elemente zu sammeln vermögen, nur als eine Anregung einzelner Politiker betrachtet worden. Dieser Anregung muß aber noch viel kräftiger als nur durch Darleihen der Unterschrift Folge gegeben werden. Wir schlagen darum, um die Sache in Fluß zu bringen, vor, daß sich zunächst in Berlin ein Zentralauschuß bilde, welcher die nationale Sammlung praktisch in die Hand nehmen könnte.“

Dem Zentralauschuß müßten selbstverständlich hervorragende Mitglieder aus allen Berufsgruppen und aus allen der Sammlung sich geneigt zeigenden politischen Parteien und wirtschaftlichen Vereinigungen oder Verbänden angehören. Schon durch das Zusammenstehen dieser Faktoren würde die nationale Sammlung kräftig gefördert werden. Vor allen Dingen aber ist Werth darauf zu legen, daß im ganzen Reichs sich Sammlungsaußschüsse bilden, welche auf Grund des wirtschaftlichen Ausrufes die Sammlung für die nächsten Wahlen vorbereiten.

Auch diese lokalen Ausschüsse, deren je einer in jedem Wahlkreise zu errichten sein würde, müßten Angehörige aller daselbst vertretenen Berufsgruppen und aller in Frage kommenden Parteien und Vereinigungen umfassen. Sie dürften allerdings mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz weder mit dem Zentralauschuß noch mit anderen Vereinen in Verbindung treten; allein der wirtschaftliche Ausruf giebt ja ohnedies den Boden ab, auf welchem die Ueber-einstimmung erfolgt. Eine zentralistische Organisation dürfte sich in diesem Falle, wo der nationale Gedanke als oberster Einigungsfaktor wirkt, erübrigen.

Wir halten dafür, daß mit einer praktischen Förderung ungefähr auf der oben bezeichneten Grundlage nicht gezögert werden sollte. Die Gegner besitzen bereits Organisationen in Handelskammern, kaufmännischen Korporationen, Gewerbevereinen und Kommunalvertretungen, welche für die Sammlung um die Jagde des Grafen von Caprivi sich lebhaft bemühen. Lassen wir den wirtschaftlichen Ausruf lebendig durch sich selbst wirken, so dürfen wir auf einen starken Erfolg, wie er notwendig ist, nicht rechnen. Also frisch Hand an Werk! Ist die Organisation wenigstens in einigen Kreisen geschaffen, so wird sie auch von selbst marschieren. Die speziellen Aufgaben des Zentralauschusses und der lokalen Ausschüsse sind so fruchtbringende und so schön, daß wir hoffen, unsere Anregung wird im ganzen Lande auf günstigen Boden fallen.“

Weiter mag es ja in dem Ausschusse ausgehen, fehlt doch der „Konf. Korresp.“ in der gleichen Nummer, in der sie die Organisation der Einigung empfiehlt, der Geschnitt, die Antisemiten nicht anzugreifen. Wie mag es da lustig erst hinter verschlossenen Thüren ausgehen, wohl wie bei Richters und Richters! —

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weist mit Entschiedenheit den „Gedanken eines Reichs-Wahl-Zentralwahlkomitees“ als den Interessen aller politischen Parteien zuwiderlaufend“ entschieden zurück. Was sollte auch ein solches Komitee? Die nicht dem Stande der Landwirthe angehörigen Förderer der Sammlungsaktion haben ja doch das Nachsehen. Die große agrarische Partei steht fast still und fertig da, so daß diejenigen, welche in der Herren Hölz und Hahn Gesele eingetreten nicht gewillt sind, als die Gepehlten der Sammlungsaktion heute schon bedauert werden können.

Ohne jede Rücksicht auf freundschaftliche Pflichten gegen die anderen Sammlungsaktion hat der Bund der Landwirthe seine Kandidaten aufgestellt.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ theilt mit, daß bisher in ungefähr 150 Wahlkreisen Kandidaten für den Reichstag aufgestellt worden seien, die entweder die Forderungen des Bundes der Landwirthe ohne weiteres anerkannt oder doch wenigstens so bescheidende Erklärungen abgegeben hätten, daß sie als vom Bunde der Landwirthe unterstützte Kandidaten gelten können. In weiteren 50 Kreisen seien Männer aufgestellt worden, die zwar den Forderungen des Bundes nicht zustimmten und auch den Wahlausruf der „nationalen Wirtschaftspolitiker“ noch nicht unterschrieben haben, deren Kandidaturen der Bund aber doch anerkennen könne. Leider wären unter den 150 Kreisen, in denen Kandidaten aufgestellt worden sind, die auf dem Boden der Forderungen des Bundes der Landwirthe stehen, etwa 20, in denen sich zwei Kandidaten gegenüberstünden, die beide bundesfeindlich sind. In etwa 30 Kreisen ferner ständen sich zwei Kandidaten gegenüber, die beide auf dem Boden des wirtschaftlichen Sammelaufrufes stehen und nur jeder für sich eine andere Abtönung der Anschauungen darstellten. Man mag hieraus ersehen, daß theilweise eine Zerplitterung droht, die dem Einigungswerte jeden Boden entziehen könnte.

Zur Verhinderung der Stichwahlen trägt der Sammlungs-ausruf nicht viel bei. Bis zu den Wahlen dürfte die Entzweiung stärker als die Sammlung sein.

— Die Denkschrift der Regierung über den vor-jährigen Weltkongress in Washington bezeichnet als die wichtigsten erreichten Fortschritte: die Annahme des An-schlusses der letzten noch außerhalb stehenden „Kulturgebiete“ — China, Korea und Ozeanien — an den Weltpost-verein, und die Umgestaltung des bisherigen Systems der Trans-it-zahlungen für die über andere Länder beförderten losen Brief-schichten oder geschlossenen Briefposten. Diese Transit-zahlungen wurden bisher berechnet nach dem ermittelten Gewicht der beförderten Transitkorrespondenzen. „Infolge der Ausdehnung des Vereins über alle Verkehrslande der Erde, der fast unüberschaubaren Vielfältigkeit der internationalen Land- und Seeverbindungen, des gewaltigen Anwachsenden der Korrespondenzmassen waren die Schwierigkeiten einer richtigen Ermittlung der Transit-zahlungen auf Grund des bisherigen unständlichen Verfahrens bis auf äußerste gewachsen und erheblichen dringenden Abhilfe.“ Man hat daher als Vorstufe zu der von Deutschland von jeher vertretenen Universalität wenigstens des Landtransits Pauschalvergütungen für Land- wie Seetransit beschlossen, die einer allmählichen Schrittweisen Fortabänderung unterliegen. Sonst sind für Postkarten, Briefe, Postanweisungen, Post-pakete und Postaufträge wie fast immer, mancherlei Erleichterungen im internationalen Verkehre getroffen: Erhöhungen des zulässigen Höchstgewichtes, des Höchstbetrages, Herabsetzung einiger Zölle, Erleichterung von Nachsendungen. Die deutsche Regierung bezeichnet deshalb den Washingtoner Postkongress als einen der bedeutungs-vollsten.

— Die „Sozialpolitik“ im Verwaltungswege kommt in Preußen immer mehr in Übung. Jetzt meldet die „Dekl. Korr.“:

Zur Gewinnung eines Fonds zur Fürsorge für unfallverletzte Gefangenen oder deren Hinterbliebene hat der Minister des Innern im Einverständnis mit dem Finanzminister und dem Justizminister bestimmt, daß als Arbeitgeber zugelassene Privatunternehmer vom 1. April d. J. ab bei Vertragsschlüssen oder sonstigen Vereinbarungen über Gefangenbeschäftigung verpflichtet werden, eine Versicherungsgebühr einen Betrag von 0,5 Pf. für den Kopf und Arbeits-tage der von ihnen beschäftigten Gefangenen zu entrichten. Damit wird in gänzlicher Weise mit einem Federstrich eine der schwierigsten Streitfragen der Unfallversicherung-Gesetzgebung erledigt. Unseres Erachtens ist eine Regelung der Unfallversicherung der Gefangenen Sache der Gesetzgebung.

— Die längst versprochene Regelung der Kom-munalsteuerung der Beamten rückt in Preußen nicht vom Flecke, nachdem der Landtag die besten Gelegenheiten, seinen oft ausgesprochenen Willen durchzubringen, immer wieder unent-schlossen vorbeigehen ließ.

Für Beamte wird bekanntlich bei der kommunalen Besteuerung das Dienstverkommen nur zum halben Betrage veranlagt. Sodann dürfen von den Beamten an kommunalen Auflagen im Gesamtbetrage höchstens gefordert werden: Bei Befoldungen unter 750 M. 1 pSt., bei Befoldungen von 750—1500 M. 1/2 pSt., bei höheren Befoldungen 2 pSt. des gesammten Dienstverkommens. Das führt insbesondere in eigentlichen Behörden- und Pensionärstädten zur ungerechtesten Ueberbürdung der anderen Steuerzahler. So lag soeben wieder dem Abgeordnetenhaus eine Petition aus Senn-burg vor, das unter 8600 Einwohnern 100 Beamte zählt, also viel-leicht 300—400 Angehörige derselben dazu und das nicht weniger wie 350 pSt. zur Staatsverkommensteuer zuzählt und zur Grund-wie zur Gebäudesteuer 250 pSt., ohne die Beamtenkreise irgendwie schärfer heranzuziehen zu können. Rixdorf schätz den Anfall an Gemeindebeamten, den es durch seine ca. 650 Staatsbeamte und -Lehrer erleidet, auf 13 000 Mark jährlich, und dieser Betrag wird infolge des dauernden Zuzuges von Regierungsgestellten, die im Vorort billiger wohnen wollen, stetig steigen.

Was man früher an Gründen für die Vorrechte der Beamten anführte, ist mit der Zeit alles hinfällig geworden. Seit der Ein-führung der Einkommen-Deklarationspflicht weiß man auch von andern Staatsbürgern ziemlich genau, was sie jährlich beziehen. Von der Nothwendigkeit, schlechte Gehälter durch Steuererhöhen zu ergänzen, kann zum mindesten für die Beamten in mittleren und höheren Stellen seit der allgemeinen Erhöhung der Beamten-befoldungen nicht mehr die Rede sein. Aber weder beim Beamtenbefoldungsentwurf noch beim Kommunalabgaben-Gesetz machte die Regierung Miene, das Versprechen zu erfüllen, das Rixdorf schon am 24. März 1873 im Reichstage gegeben hatte. Der Landtag begnügte sich mit Resolutionen; so beschloß er erst wieder im Vorjahre, am 24. Juni 1897:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage thunlichst in der nächsten Session einen die Regelung der Kommunalsteuer-Pflicht der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten bezweckenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Die nächste Session ist da; die Petitionen der überbürdeten und benachteiligten Gemeinden, die 1896 auch vom Allgemeinen Preussischen Städtetag unterstützt wurden, sind ebenfalls wiedergekehrt. Die Kommission für das Gemeinwesen hat infolge dessen sich zum sechshundertsten Male mit der Angelegenheit beschäftigt. Der Regierungsvertreter erwiderte sehr kühl, daß „aus Anlaß des vor-jährigen Beschlusses des Hauses der Abgeordneten bei der königlichen Staatsregierung zwar Erwägungen bereits stattgefunden haben, in-dessen sind sie zu einem abschließenden Ergebnis noch nicht gelangt“. Aus den Petitionen vernehme er keinen Grund dafür herzuliefern, daß die Befreiung der Angelegenheit besonders dringlich wäre.

Die Kommission sah wohl ein, daß der beste Augenblick verpaßt sei, sie begnügte sich daher damit, die Eingaben, allerdings unter Begünstigung auf den vorjährigen Beschluß des Abgeordnetenhauses, der Regierung als Material zu überweisen.

— Ueber den Erlaß von Schutzvorschriften zu gunsten der Arbeiter in Hochspinnereien und Pinselfabriken haben am 29. März im Reichsamt des Innern Beratungen stattgefunden. Wie die „Berliner Politischen Nachr.“ hören, hat es sich dabei herausgestellt, daß allerdings einige Maß-nahmen zum Schutze der Arbeiter notwendig sein werden.

— Die „Frankf. Ztg.“ polemisiert gegen uns weiter. Und wir wissen wenig bekennen, daß wir die letzte Polemik, die schon am 28. März veröffentlicht wurde, heute erst zu Gesicht be-kommen haben, und zwar deshalb, weil wir nicht Leser des — lokalen Theiles des Frankfurter Blattes sind. Merkwürdigerweise spielt sich nämlich diese Polemik dritter Güte im lokalen Theile des Blattes ab. Genirt sich die politische Redaktion des Demokraten-Blattes der unwürdigen Unterschleibungen und Unterstellungen und zwingt sie so den seltsamen Vertheidiger der Demokraten — Großhat, im lokalen Theile einen Unterschlupf zu suchen? Aber auch dem Lokalredakteur müssen wir Londoner, daß in seinem Ressort an der bewußten Fälschung unserer Worte kaum passhaft festgehalten wird. Da das Frankfurter Blatt viele Leser hat, die auch den „Vorwärts“ zu Gesicht bekommen, wäre es klüger, in der Ausposaunung unserer angeblichen Verlegenheit doch etwas vorsichtiger zu sein.

Nun noch ein Wort über die Frankfurter Sammlung. Die Demokraten waren zuerst sehr abgeneigt, das seltsame Bündnis ein-zugehen, und als sie den Bund geschlossen, hofften sie einen der Ihrigen als Kandidaten nominirt zu sehen. Aber einer nach dem anderen der Vorgeschlagenen wurde abgelehnt und erst als der waden-strümpferische Führer der Frankfurter Judenschuhtruppe kandidirt wurde, fand sich die Einigung. Wenn die Lokalredaktion der „Frankfurter Zeitung“ auf diese Sammlung stolz ist und von ihr den Sieg erhofft, überlassen wir sie der Würdigung aller wirklichen — Demokraten.

Dr. Stargard, 31. März. Bei der heutigen Erstwahl zum Abgeordnetenhaus erhielten der deutsche Kandidat Nittergutbesitzer Rindt-Garischin (fr.) 289, Pfarrer v. Wollzeiler-Gilgenberg (Volk) 284 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Dieser Kreis war bekanntlich im vorigen Sommer dem polnischen Kandidaten zugefallen, da einige deutsche Wahlmänner wegen des Eintretens der Konservativen für die lex Plebe sich der Abstimmung enthielten.

Oesterreich.

— Aus dem Finanzexpé des jugoslawischen Finanz-ministers Raitz für das am 1. Januar 1898 (hier schon begonnene) Etatsjahr ist zu erwähnen die Anknüpfung neuer indirekter Steuern, die Aufhebung des Zeitungspostens und der ärarischen Weg-mauthen.

— Bei den gestrigen Verhandlungen des Ab-geordnetenhauses über die Nothhanddoorlagen wurden die-selben charakteristischerweise mit keinem Sterbensworte erwähnt. Die ganze Debatte, an der sich bloß bürgerliche Deutsche betheiligten, drehte sich um die Stellung der deutschen bürgerlichen Abgeordneten zu — Herrn Schönerer!

— Der deutscheneindliche Graf Pininski soll Statthalter von Galizien werden.

Frankreich.

Paris, 30. März. Die Kammer erörterte den Bericht des Abg. Biviani über die Haltung der Justizbehörden in der Panama-Angelegenheit. Der Bericht schließt mit einem Tadelvotum gegen den früheren Generalstaatsanwalt Queyroy de Beaurepaire. Biviani begründete den Beschlußantrag des Berichtes und erinnerte daran, daß Beaurepaire sich weigerte, vor der Parla-mentskommission Zeugnis abzulegen und gewisse Beweismittel zurückhielt. Biviani wirft sodann Beaurepaire vor, daß derselbe die in der Panama-Affäre Angeklagten in die Lage gebracht habe, sich auf die Verzögerung zu berufen, daß er es ferner veräußert habe, die Reinach'schen Papiere mit Beschlag belegen zu lassen und daß er schließlich die Justiz vor dem Andrängen der parlamentarischen Korruption habe zurückweichen lassen. (Gebäckerter Beifall.) Die Kammer beschloß mit 311 gegen 174 Stimmen den öffentlichen Anschlag der Rede Biviani's. Nach einigen Bemerkungen des Justizministers wurden die in dem Berichte Biviani's und dem Generalsbericht Vallé's über die Panama-Angelegenheit enthaltenen Anträge ein-stimmig angenommen.

Infolge des heutigen Tadelvotums der Kammer wird der frühere Generalstaatsanwalt Queyroy de Beaurepaire entsprechend dem schon früher von ihm gestellten Ersuchen und den heutigen Er-läuterungen des Justizministers vor einem aus den höchsten richterlichen Beamten bestehenden Disziplinargericht erscheinen.

Paris, 31. März. Vor dem Kassationshof begann heute Mittag unter Vorsitz des Präsidenten Loh die Prüfung der Reklamationen gegen die Zola'sche Verurteilung. Zola war nicht erschienen. Kassationsgerichtsrath Chambardet verlas den Bericht über das Gesuch, welches sich auf sieben Beschwerdepunkte stützt. Der Bericht bewegt sich in ausschließlich juristischen Erörterungen und überläßt es dem Kassationshof, die Erheblichkeit der Beschwerdepunkte abzuschätzen.

Spanien.

Die Siege auf Kuba der letzten Monate lösen sich fämlich in blauen Dunst auf. Wohl sind auch die amerikanischen Berichte nicht ganz objektiv, aber im allgemeinen kommen sie der Wahrheit doch näher als die spanischen, die meistens einfach erzählen, um den Zusammenbruch der spanischen Macht zu verdeutlichen. Jetzt haben wir aber eine unparteiische Stimme aus dem Lager der kubanischen Insurgenten. Die Londoner „Daily Chronicle“, das Hauptorgan der englischen Radikalen, hat einen Korrespondenten nach Kuba geschickt. Dieser hat sich mit Gefahr seines Lebens zu den Aufständischen durchgeschlagen und jetzt wird sein erster Bericht veröffentlicht. Wir erfahren aus demselben, daß die Aufständischen in dem größten Theile der Insel nicht bloß das Regiment in der Hand haben, sondern auch wirklich die Regierung und Verwaltung ausüben, und daß die Aufständischen in ihrem Gebiet von den Spaniern garnicht gestört werden, weil es denselben an der nöthigen Truppenmacht fehlt. Der Korrespondent der „Daily Chronicle“ war auch Zeuge des famosen Verfalls der Spanier auf die Hauptstadt der Kubaner, Agremonite. Hier wollten die Spanier einen großen Sieg erfochten haben. Die Wahrheit ist: sie drangen bis in die Stadt vor, weil die Kubaner anderwärts beschäftigt waren. Ein Heerführer kam aber noch rechtzeitig; die Spanier wurden auf's Haupt geschlagen und mußten unter schweren Verlusten den Rückzug antreten, der bald zur Flucht wurde.

Genug: Kuba gehört schon heute dem Spanien nicht mehr. Sie besitzen bloß, was sie militärisch besetzt haben. —

England.

London, 30. März. Unterhaus. Die dritte Lesung der griechischen Anleihe-Bill wird ohne Debatte angenommen. Wallston erklärt, er könne für den Antrag Dille (auf Trennung des Amtes des Premierministers von dem auswärtigen Amt) keinen Tag anberaumen, da die Erörterung desselben ein heftiger Angriff auf die auswärtige Politik der Regierung wäre. Wenn man dies wirklich beabsichtige, sei es doch bequemer, daß durch ein Tadelvotum zu thun. Am nächsten Dienstag würde eine nicht formelle und nicht entscheidende Debatte stattfinden, da keine Schriftstücke für dieselbe vorliegen. Sobald der erforderliche Schriftwechsel vorliegt, und darauf einen Tag zur Erörterung desselben verlaugt, werde er folgen gewähren. —

Schweden.

Stockholm, 30. März. Der Reichstag verhielt heute die Regierungsvorlage betreffend den Bau einer Eisenbahn von Gellivara nach der norwegischen Grenze. Der Staatsminister Postom sowie der Minister des Innern Kruusvickerna erklärten, sie würden, wenn die Vorlage nicht zur Annahme gelangte, ihre Demission einreichen. —

Griechenland.

Athen, 30. März. In der Deputiertenkammer wurde heute das Abkommen, betreffend die Anleihe von 170 Millionen vorgelegt. Zaimis beantragte, den drei Garantemächten einflügeligen Rat der Nation anzusprechen. (Beifall.) Dieser Antrag wurde von Deljanis unterstützt. Theotoki erklärte, Griechenland werde sich des Wohlwollens der Mächte dadurch würdig erweisen, daß es sein nationales Leben reformire und die begangenen Fehler in Zukunft vermeide. Sarapanos sprach im Namen der thessalischen Deputierten deren Dank für das Vaterland bestreitend zu sehen. Der Antrag Zaimis wurde schließlich unter anhaltendem Beifall angenommen.

Morgen beginnt der Prozeß gegen Kardyl. —

Affien.

Bombay, 31. März. In vergangener Woche sind 978 Personen an der Pest gestorben, die Gesamtmorbidität betrug 1998 oder 120,92 pro Tausend. —

Reichstag.

74. Sitzung, Donnerstag, 31. März 1898, 12 Uhr. Am Bundesrathssitzung: Nieberding v. Goshl, Frhr v. Thielmann, Graf v. Posadowski, v. Poddieleski. Die dritte Lesung des Staats- und Postgesetzes. Beim Etat der Reichs-Justizverwaltung.

Abg. Lieber (Z.) auf den Fall des Bischofs Melchers in Köln zurück, der nach seinen (Lieber's) Angaben im Gefängnis mit Strohhalm beschäftigt worden war. Durch den Justizminister ist inzwischen die Sache dahin veräußert worden, daß der Bischof nur aus Versehen in den Acta der mit Strohhalm beschäftigten Gefangenen geführt wurde. Wunderbar sei nur, daß die Berichtigung so spät erfolgt sei.

Staatssekretär Nieberding: Auf den Bericht so spät erfolgt, lag ganz einfach daran, daß dazu keine Veranlassung vorlag, bevor die Sache hier zur Sprache gebracht wurde.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.): Es war mir mehr um die Materie, als um den Fall zu thun, daher habe ich nicht überbewusst. Jetzt will ich noch hinzufügen, daß nach der Veröffentlichung der Frau thätlich noch ein längerer Rückzug bewilligt worden ist. Das wäre nicht geschieden, wenn die Frau sich nicht an mich gewandt hätte. Ein von ihr früher eingereichtes Gnaden-gesuch ist abschlägig beschieden worden. An sich ist aber jene Zustimmung eine Ungeheuerlichkeit.

Staatssekretär Nieberding: Aus dem Vorgange des Herrn Vorredners entspringt die Befürchtung, daß der Beschuldigte in dem vorliegenden Fall noch nicht erschöpft ist. Ich habe daher keine Veranlassung, hier darauf einzugehen.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.): Es war mir mehr um die Materie, als um den Fall zu thun, daher habe ich nicht überbewusst. Jetzt will ich noch hinzufügen, daß nach der Veröffentlichung der Frau thätlich noch ein längerer Rückzug bewilligt worden ist. Das wäre nicht geschieden, wenn die Frau sich nicht an mich gewandt hätte. Ein von ihr früher eingereichtes Gnaden-gesuch ist abschlägig beschieden worden. An sich ist aber jene Zustimmung eine Ungeheuerlichkeit.

Abg. Stadthagen (Soz.) geht auf den Fall Melchers ein. Seine Eintragung ist nicht durch die Schuld des Beamten erfolgt, sondern auf Grund der Instruktionen, die im Widerspruch mit dem Geist des § 18 des Strafgesetzbuches stehen. Nach diesem sollte die Zwangsbeschäftigung die Regel sein, während die Instruktionen sie thätlich zur Regel machen und die Befreiung von ihr zu einer besonderen Vergünstigung stempeln. Das habe ich auch ganz kürzlich an meinem eigenen Leibe erfahren. Als ich am 21. Januar in dem gestrichelten Geim in Wädensee aufgenommen wurde, wurde ich auch als Postwörter eingetragten; thätlich habe ich diese Funktion nicht geübt, sondern in meinem Beruf mehr entsprechende Beschäftigung. Aber es erst auf Grund eines besonderen Gesuchs. Es gilt, wie gesagt, insbesondere Vergünstigung, wenn man sich Gesuch entsprechend beantragt wird. Es war z. B. etwas besonderes, daß mir gestattet wurde, den „Reichs-Anzeiger“ zu lesen. Eine unpolitische Drucksache fand mir vorzuenthalten worden, z. B. eine unpolitische astronomische Inhalts. Ich erfahre gar nicht, daß sie angekommen sind. Es widerspricht dem Geist des Strafgesetzbuches, daß dem Inhaftierten Briefe und Drucksachen nicht ausgedient werden. Ich muß daher dringend den Wunsch äußern, daß man endlich den § 18 des Strafgesetzbuches mehr beachten möge, dann sind solche Fälle, in die sind gerade bei Redaktoren und Schriftstellern nicht selten, und die sind geschlossen. Der Herr Vorredner hat lediglich den Reichstag entsprechend behandelt; und die Beurteilung, ob es auch geschieht, fällt unter die Kompetenz des Reichstages. In dem vom Abg. Schmidt vorgebrachten Fall ist es z. B. noch sehr die Frage, ob das Gesetz ein Recht giebt, einen nicht verurtheilten Sängling (Weiterkeit) ins Gefängnis zu bringen. Ich beschränke mich auf diese Anregungen. (Beifall.)

Staatssekretär Nieberding: Der Abg. Stadthagen ist mir den Vorwurf gemacht, einen Beamten zu unrecht beschuldigt zu haben.

Nicht er trage die Schuld. Demgegenüber bemerke ich, daß der preussische Justizminister jene Behauptung auf Grund genauer Kenntniss der Sachlage aufgestellt hat. Und der Abg. Stadthagen kennt vielleicht die Verhältnisse in anderen Gefängnissen genau (Weiterkeit), nicht aber die des Gefängnisses in Köln.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Die Einbeziehung von Sänglingen in Gefängnisse wird sich nicht immer vermeiden lassen. Ueber die Verbehalten der Briefe und die Behandlung, die dem Abg. Stadthagen zu Theil geworden, bin ich überrascht; sie entspricht jedenfalls nicht dem Geiste der Schlichtheit, die hier vorzuziehen ist, gebeten, hier zu erscheinen. Das kann aber auch der hochverehrte Herr Abg. Spahn verlangen, daß ich so unvorbereitet alle diese Dinge erörtere.

Abg. Anner (Soz.): Es ist bedauerlich, daß der Staatssekretär jetzt nicht Zeit hat, auf die von mir gemachten Mittheilungen einzugehen. Ich bin auf eine Auseinandersetzung vorbereitet. Ich halte alle meine Angaben für richtig und warte darauf, was mir der Staatssekretär als Unrichtigkeiten nachweist.

Abg. Lieber (Z.): Der Staatssekretär mußte von mir als einem loyalen Manne erwarten, daß ich den Fall Melchers hier zur Sprache bringen würde, nachdem der Justizminister im Abgeordnetenhause die Sache zur Sprache gebracht hatte.

Der Etat des Reichs-Justizamtes wird hierauf ohne weitere Debatte erledigt.

Es folgt der Etat des Reichs-Schatzamts.

Abg. Lieber (Z.) beantragt die Streichung von 6000 M. beim Gehalt des Staatssekretärs in Konsequenz der Streichung der entsprechenden Summen bei den Staatssekretären der Post und des Reichs-Justizamts. Bei der zweiten Lesung sei veräußert worden, den Reichs-Schatzsekretär ebenso zu behandeln, wie seine eben genannten Kollegen. Er bitte um Annahme seines Antrages.

Abg. Frdr. v. Stumm (Rp.): Der Antrag ist ja konsequent, ich halte die Streichung nur an sich für unbedenklich; einen Antrag auf Wiederherstellung der Position stelle ich seiner Ausführligkeit wegen nicht.

Der Antrag Lieber wird mit großer Majorität angenommen, ebenso der Rest des Etats des Reichs-Schatzamts.

Der Etat des Reichs-Eisenbahn-Amtes wird debattelos angenommen, ebenso die Etats der Reichsschuld, des Reichs-Kriegshofes, des allgemeinen Pensionsfonds und des Reichs-Invalidenfonds, der Zölle und Verbrauchssteuern und der Reichs-Stempelaufgaben.

Beim Etat der Reichs-Post bringt

Abg. Bundeberg (fr. Bp.) das Verhalten eines Postdirektors zur Sprache, der das Vergehen seiner Beamten durch die Auf-forderung zur Demission ihrer Kollegen verlegt habe.

Unterstaatssekretär Frisch bedauert, keine Auskunft geben zu können, da ihm der Fall unbekannt sei.

Staatssekretär v. Poddieleski: Der Abg. Bundeberg hat in der zweiten Lesung des Urtheils eines Leipziger Gerichts vom 22. Februar 1878 erwähnt, wonach die Oeffnung von Briefen an Sozialdemokraten durch die Post gerichtlich festgestellt sein soll. Die Thatsachen sind folgende: Der Redakteur des Leipziger „Volkstaat“ wurde 1872 wegen einer solchen Behauptung in seinem Amt zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt, vom Bezirksgericht jedoch am 20. Februar 1873 freigesprochen. In der Begründung des Urtheils finden sich die vom Abg. Bundeberg angeführten Worte. Durch die Aussage der Zeugen Bebel, Liebknecht und Frische ist eine Mehrheit von Fällen nachgewiesen worden, in denen Briefe und Postkarten, die von auswärtigen Führern der Sozialdemokratie an den „Volkstaat“ gerichtet waren, entweder gar nicht oder in so vertriehen Zustande an die Adressaten gelangt sind, daß man merken konnte, sie seien an der Seite aufgeschnitten und dann wieder zugestellt worden. Der Abg. Bundeberg hat aber den folgenden Satz weggelassen. Dieser lautet: „Durch diese Mehrheit von Fällen mag sich bei der sozialdemokratischen Partei allerdings die irrige Ansicht gebildet haben, daß Briefschaften, die an sozialdemokratische Führer gerichtet sind, bei der Post besondere Agenten geöffnet und gelesen werden.“ Ich erwarte, daß Sie in Ihren Äußerungen nun auch den zweiten Satz bringen werden, worin es ausdrücklich heißt, daß es eine irrige Ansicht sei, daß die Post Briefe öffne. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.) befürwortet den Ausgleich von Ungleichheiten in der Besetzung einer Anzahl Kategorien von mittleren und unteren Postbeamten und fragt, ob der Sonntag den Beamten unter die dienstfreien Tage eingerechnet werde, was nicht wünschenswerth sei, auch mit den Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht im Einklang stehend.

Staatssekretär v. Poddieleski erwidert, zur Zeit sei kein Bedarf an Postgeschäften vorhanden. Die Annahme neuer Beamten erfolgt eben nur nach Bedarf. Gerade die Kategorie von Beamten stehe sich besser als die Beamten gleichen Ranges in irgend einem anderen Ressort. In kleinen Orten sei die Arbeitszeit länger, weil dort der Schalterdienst weniger anstrengend sei. Die Sorge für die Unter-beamten werde er sich angelegen sein lassen, sie sollen nicht überanstrengt werden.

Auf Antrag der Abgeordneten Ricker, Radzyk und Dr. P a s c h e (nat.) werden sämtliche Petitionen und Resolutionen abgelehnt. Sie sollen an einem Tage nach den Ferien verhandelt werden.

Abg. Bebel (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat meinem Freunde Bundeberg den Vorwurf gemacht, daß er nur einen für sich günstigen Satz aus dem Gerichtskenntnis zitiert habe, und hat dann selbst einen und wohl gar günstigen Satz zitiert, in dem es heißt, der Angeklagte hätte wegen jener irrigen Ansicht gelitten, daß die Post das Briefgeheimnis verletze habe. Ich muß dem Herrn Staatssekretär den Vorhalt machen, daß auch er einen Satz zu zitieren unterlassen hat; es heißt dort nämlich ausdrücklich weiter, daß diese Ansicht keine Widerlegung gefunden hat. Also: widerlegen hat man nicht können, daß die Partei den berechtigten Verdacht hatte. Der Angeklagte ist freigesprochen, die Kosten sind der Staatskasse auferlegt worden; der Staatssekretär hätte besser daran gethan, bei diesem Ausgang des Prozesses den ganzen Fall nicht noch einmal anzusehen. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Poddieleski: Ich weiß gänzlich, wie die Herren sich das vorstellen, daß ich oder mein Vorgänger eine solche Verfügung erlassen haben soll, und wie eine solche durch die Beamten hätte durchgeführt werden sollen. Freilich konnte sich eine solche irrige Ansicht bilden, und das lediglich konnte nicht widerlegt werden. Wir liegt aber daran, meinen Vorgänger gegen die hier erhobene Anschuldigung in Schutz zu nehmen.

Abg. Bebel (Soz.): Thatsache ist, daß Briefe mit allen Zeichen früherer Eröffnung angekommen sind. Daß aber Eröffnungen und infolge dessen Nichtbeschlüsse und Verzögerungen vorgekommen sind, dessen bin ich selbst Zeuge. Zur Zeit des Sozialistengesetzes habe ich hier im Reichstage Fälle erwähnt, in denen Briefsendungen einzelner meiner Parteigenossen garnicht ausgeliefert wurden, weil man in ihnen eine im Ausland hergestellte, in Deutschland verbotene Zeitung vermutete. Ich füge hinzu, daß die Leipziger Post auch abgerufen wurde, denn ich besäße diese Zeitung regelmäßig, hatte mich aber damit selbst demunziert; denn von diesem Augenblick ab wurden auch die an mich gerichteten Zeitungsendungen einbehalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.): Ich habe oft Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß Briefe, die an mich gerichtet waren, vorher geöffnet worden sein müßten. Es ist ja ein bekanntes Geheimniß, daß unter dem Sozialistengesetz der Briefverkehr bekannter sozialdemokratischer

Führer überwacht wurde. Darauf will ich jetzt nicht eingehen. Ich möchte nur den Herrn Staatssekretär bitten, daß er seinem Vorfat, das Briefgeheimnis zu wahren, unter allen Umständen treu bleibe, und wenn einmal eine solche Aufforderung an ihn herantritt, er sie mit der sittlichen Entschlossenheit zurückweist, die ihm sonst auch zu Gebote steht. Der Herr Staatssekretär hat bei der zweiten Lesung versichert, daß er keine Mäntzer mehr unter den Beamten schaffen wolle. Ich möchte ihn nur auf einen Fall hinweisen, wie viele seine Ansicht von seinen nachgeordneten Behörden beachtet wird. In Hamburg fand am 25. Februar eine Versammlung von Postunterbeamten statt. Einige Unterbeamten begingen nun das Verbrechen, daß sie jeden Beifall spendeten, in denen die Mitglieder ihres Berufs klargesetzt wurden. Die Folge waren Nachregelungen. So erhielten der Briefträger Casar und der Posthilfsbote Lange ihre Kündigung. Außerdem wurde den Unterbeamten eine Verfügung der Ober-Postdirektion vorgelesen, worin ihnen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die Versammlung, nachdem sie gemerkt, daß es eine sozialdemokratische sei, nicht sofort verlassen hätten. Sie wurden ermahnt, weder sozialdemokratische Versammlungen zu besuchen, noch solchen Vereinen sich anzuschließen, und ausdrücklich wurde ihnen verboten, sozialdemokratische Zeitungen zu vertreiben. Ich weiß nicht, ob sich dieses Verbot auch auf die berufsmäßige Verbreitung solcher Zeitungen durch die Post erstrecken soll. (Weiterkeit.) Von den Antivorstehern wurden die Beamten noch darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihren Namen und den nicht feststehenden Unter-beamten ein großer Unterschied bestände. Sie trügen eben des Königs Rock und müßten sich dessen würdig erweisen. Andere Antivorstehere sagten wider, der Beamte der Reichspost könne sich sehr wohl um das Privatleben der Beamten und werde mit den sozialdemokratischen kurzen Prozeß machen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Keine Behörde geht es etwas an, welcher politischen Ueberzeugung die Beamten außerhalb ihrer Amtshaltigkeit huldigen, noch weniger darf sie ihre eigene politische Auffassung den Beamten aufdrängen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Poddieleski wird nun hoffentlich Gelegenheit nehmen, die Verfügung der Ober-Postdirektion zu Hamburg als nicht in seinem Auftrag ergangen zu bezeichnen. Inzwischen will ich noch, daß die Versammlung in Hamburg gar keine sozialdemokratische war. Es sollte in ihr nur den Beamten Gelegenheit gegeben werden, ihre Lage zu besprechen. Ich hoffe, daß Herr v. Poddieleski die Ansicht, die er dem Postassistenten-Verband gegenüber ausgesprochen hat, auch den Unterbeamten gegenüber geltend läßt. Es wäre sehr erwünscht, wenn er in einer Generalversammlung die Sozialdemokraten-jäger unter den Oberbeamten darauf aufmerksam machte, daß sie sich nicht damit begnügen hätten, was die Unterbeamten außerhalb ihrer Dienzeit thun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Poddieleski: Ich habe einfach zu erwidern: Jede direkte oder indirekte Beihiligung eines Beamten der Reichs-Postverwaltung an sozialdemokratischen Bestrebungen halte ich für unvereinbar mit seinem Dienst. (Bravo! rechts.) Aus diesem Grunde werde ich gegen jeden Beamten, der sich so etwas zu Schulden kommen läßt, unnachlässig vorgehen. (Bravo! rechts.) und zwar auf dem Wege des Disziplinarverfahrens.

Abg. v. Kardorff (Rp.) fragt wegen der Herstellung von Telephonverbindungen auf dem platten Lande an.

Staatssekretär v. Poddieleski: Die Ausdehnung des Telephonwesens über das platte Land ist dringend notwendig. Die Ausführung darf aber nicht überstürzt werden; in 8 Jahren hoffen wir fertig zu sein. In diesem Jahre sollen noch 4698 Fernsprechkabel auf dem Lande eröffnet werden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Bp.): Der Staatssekretär hat auf die Mittheilung der Hamburger Vorgänge nicht geantwortet, sondern sich nur auf Allgemeinbeurtheilungen beschränkt. Die Verantwortung war keine sozialdemokratische. Jede Nachregelung ist zu verurtheilen.

Abg. Singer (Soz.): Die Antwort des Staatssekretärs war zwar sehr schneidig, aber sie konträrte mit seiner Einführungsrede in der zweiten Staatsberatung, in der er erklärte, daß er über den Parteien stehe. Heute hat er hier nicht als Verkehrsminister, sondern als politischer Minister gesprochen. Es sind ihm wohl in der Zwischenzeit Mittheilungen gemacht worden, die ihn veranlassen haben, seine früheren schönen Versicherungen über Bord zu werfen. Die Antwort war auch materiell nicht erschöpfend, denn jene Hamburger Versammlung hatte mit der sozialdemokratischen Partei nichts zu thun. Die Postbeamten waren nur zusammengelassen, um über ihre eigenen Interessen zu sprechen; sie mag sich von einer ähnlichen Versammlung nur dadurch unterscheiden haben, daß kein Hoch auf den Staatssekretär ausgebracht worden ist. (Weiterkeit.) Was heute der Herr Staatssekretär gesagt hat, das war nichts anderes, als was wir von der rechten Seite des Hauses immer zu hören bekommen. Gestern mußten wir um das Petitionsrecht der Beamten streiten, heute um das Versammlungsrecht. Nun, wir wissen jetzt, woran wir mit dem Herrn Staatssekretär sind. Der geglaubt hat, in ihm einen unparteiischen Mann gefunden zu haben, hat sich gründlich getäuscht. Er hat sich, wie seine übrigen Kollegen, in den Dienst der politischen Regierung gestellt. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Poddieleski: Ich will den Streit nicht fortsetzen, ob die Hamburger Versammlung eine sozialdemokratische war oder nicht. Der Veranstalter war ein früherer Postassistent Bieth, der, wie mir gesagt worden ist, längere Zeit in der Redaktion des „Vorwärts“ war. Ich wollte nicht besonders schneidig sein, sondern es ist bei dieser Beantwortung nur der Grundsatze maßgebend gewesen, der für ein geregeltes Staatswesen maßgebend sein muß, nämlich daß der Dienst der Beamten seine Bedeutung behält. Die Beamten werden ja zu dem Eide nicht gezwungen. Aber über Beamten werden will, muß ihn leisten und sich klar darüber werden, daß sozialdemokratische Tendenzen damit unvereinbar sind. (Beifall rechts.)

Der Etat des Reichs-Postamts wird hierauf angenommen.

Beim Etat der Reichs-Druckerei bringt

Abg. Dr. Hammacher (nat.) das Verbrechen des Oberfaktors Grünenthal zur Sprache. Er soll gefanden haben, an einem bestimmten Tage und bei einer bestimmten Revision einmal eine Anzahl Banknoten entwendet zu haben. Der entscheidende Punkt ist, daß die Reichsdruckerei 10 pCt. Noten mehr druckt, jogenannter Ausschub, als bestellt sind. Das muß geändert werden. Im Interesse einer sichereren Kontrolle darf die Reichsdruckerei nicht mehr Noten drucken, als die Reichsbank bestellt. Die Reichsbank hat dann die Noten zu prüfen und die schabhaften auszufallen. Dann trägt sie die Verantwortung und nicht die Reichsdruckerei. Nur so kann die Reichsdruckerei gegen die Wiederkehr solcher Unterschlagungen sich schützen.

Staatssekretär v. Poddieleski: Die Reichsdruckerei stellt vollwertige Noten nur in der bestellten Anzahl her. Es handelt sich um die Entwendung von Noten, die in Papier und Geld echt sind, aber noch nicht vollwertig sind. Nach Lage der Unter-suchung hat sich herausgestellt, daß eine Menge von Zufälligkeiten sich am 14. Januar 1897 ereignen mußten, um dem Beamten die Entwendung zu ermöglichen; möglich, daß dieser Beamte schon seit Jahren auf diesen Moment gewartet hat. In achtzehn Jahren hat die Reichsdruckerei für 98 Milliarden Papiergeld hergestellt. Dieser handelt es sich um eine relativ geringe Unterschlagung, um etwa 1/4 Million. Von 1000 Scheinen fehlen 160. Die Reichsbank hat die Bankstellen nicht angewiesen, Grünenthal's Vermögen fertig gestellten Noten zu be-anstalten. Grünenthal's Vermögen ist viel höher, als seine Veruntreuung ausmachen. Die Verwaltung der Reichsdruckerei wird also kein materieller Schaden treffen. Die Presse hat die Sache sehr auf-gemacht; eine ganze Anzahl Reporter waren hinterher und suchten etwas aufzuschnappen. Im Einklang mit dem Reichsbank-präsidenten kann ich nochmals erklären, daß das Publikum keinen Anlaß zu Beunruhigungen hat.

Abg. Schmidt-Sagan (fr. Bp.): Die Presse hat nur ihre Pflicht, wenn sie Recherchen anstellt. Die 98 Milliarden können nicht mit der 1/4 Million Schaden verglichen werden, sondern nur der Gewinn, den die Reichsdruckerei von dem Druck der Banknoten bisher gehabt hat. Ich muß dem Kollegen Hammacher recht geben, die Kontrolle war

eine durchaus ungenügende und sie muß besser werden. Die Vor-
sätze des Dr. Hamacher scheinen mir sehr beherzigenswert.

Abg. Dr. Hamacher (nall.): Ich kann nicht zugeben, daß die
Preise irgend einen Vorwurf verdient. Im Gegenteil, die Presse
verdient Dank. Gerade in solchen Dingen ist vollste Öffentlichkeit
geboten.

Der Etat wird hierauf bewilligt.

Die Etats der Verwaltung der Eisenbahnen, des
Bauwesens, sowie die Ministerialbeiträge, die
außerordentlichen Deckungsmittel und die kleineren Etats werden
debattelos genehmigt.

Das Etatsgesetz und Anleihegesetz werden ebenfalls
debattelos angenommen. In der Gesamtabstimmung wird
darauf der Etat im ganzen angenommen gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten.

Auch das Gesetz über die Verwendung überschüssiger Reichs-
einnahmen zur Schuldentilgung wird debattelos in dritter Lesung end-
gültig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 26. April, 1 Uhr. (1. Lesung des
Gesetzes betr. die elektischen Maßeinheiten, lex Feinze. Wahl-
prüfungen.)

Präsident v. Suol: Ehe ich die Sitzung schliesse, wünsche ich
Ihnen eine recht angenehme Erholung und glückliche Reise. (Beifall.)

Schluß 7:44 Uhr.

Wahlbewegung.

Der konservative Verein in Hannover hat beschlossen, einen
eigenen Kandidaten nicht aufzustellen, seinen politischen Freunden
aber zu empfehlen, einem der Gegner der Sozialdemokratie ihre
Stimmen zu geben, jedenfalls aber bei der Stichwahl für den Gegner
des Sozialdemokraten einzutreten. — Für den Reichstags-Wahlkreis
Hildes haben der Verein der Bewohner des Landgebiets, der
„Bund der Landwirthe“ und die deutschsoziale Vereinigung
den Ortsbesitzer Lausenstein aus Schönböden als Kandidaten für die
Reichstagswahl aufgestellt.

Im Wahlkreis Sondershausen hat die freisinnige Volkspartei
den Rechtsanwalt Jaenede aufgestellt, nachdem der früher
aufgestellte Rechtsanwalt Manggraf von der Kandidatur zurück-
getreten ist.

In Waldenburg i. Schl. wird vom Zentrum Rechtsanwalt
Buerkel als Obli kandidiert.

Von der sozialdemokratischen Partei ist im Wahlkreis Frei-
sling Redakteur Ed. Schmid aus München aufgestellt.

Partei-Nachrichten.

Todtenliste der Partei. Ein alter Achtundvierziger, der auch
in der Geschichte der Sozialdemokratie einen Platz hat, der Zivil-
ingenieur Oswald Diez, ist am 9. März in Cincinnati
im State Ohio in Amerika, 76 Jahre alt, an einem
Herzschlag gestorben. Geboren 1822 in Wiesbaden, nahm
er, nachdem er sich in seinem Fach bereits eine gute
bürgerliche Existenz geschaffen hatte, an der Märzrevo-
lution theil, organisierte 1848 die Bauern des Westerbundes
und kämpfte 1849 in Baden und der Pfalz in den Reihen der
Panauer Turner. Der Sieg der Reaktion trieb ihn ins
Exil. In London schloß er sich den Kommunisten an
und trat, als der „Kommunistenbund“ sich 1850 spaltete,
auf die Seite von Witzlich und Schapper, deren Sekretär er
wurde. Als solcher hatte er die Schrifttätigkeit des Sonderbundes,
das „Archiv“ in Verwahrung. Dasselbe fiel aber, wie in der Marx'schen
Schrift über den Kommunismus und die Spaltung des
„Bundes“ dargestellt ist, dem Politischen Stieber in die Hände,
ein Unglück, das begrifflicher Weise zu Mißtrauen gegen Diez
Anlaß gab. Dies war jedoch nicht gerechtfertigt, und Diez wurde
sehr bald von jedem Verdacht gereinigt. Von London wanderte er
nach Amerika aus, wirkte dort namentlich unter den Turnern für
unsere Ideen und trat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Amerika's
bei, sobald sie begründet ward. Bis zu seinem Ende ist er für sie
thätig gewesen. Schreiber dieses traf Oswald Diez vor 10 Jahren
in Cincinnati und hatte Gelegenheit, sich von dem begeisterten
Opfermuth und dem agitatorischen Geschick, das eine zeitlang ver-
taunten, draven Genossen zu überzeugen. Ehre ihm! —

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Parteigenosse Heinrich Schulz in Erfurt, Re-
dakteur der „Tribüne“, hat am 30. März die zweimonatige Gefängnis-
strafe angetreten, die ihm wegen Missethatsbeleidigung auferlegt ist.
Das Vergehen soll durch Abdruck des Berichts verübt sein, den die
sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Hamburger Parteitag über
ihre Thätigkeit gegeben hat. Mit Ausnahme von Magdeburg,
Erfurt und Brandenburg haben nirgendwo die Staatsanwaltschaften
Anstoß an dem Bericht genommen, und die Brandenburgische Anklage
hat vor dem Potsdamer Landgericht bekanntlich mit Freisprechung
geendet.

Einen erfreulicheren Ausgung als der eben erwähnte Prozeß
nahm ein anderer, den der Bürgermeister Knobloch aus Sanger-
hausen gegen Schulz angestrengt hatte. Der Bürgermeister Knobloch
hat seinerzeit eine Erklärung veröffentlicht, worin gesagt war, sein
Antrag auf der Synode, wonach Geistliche und Kirchenbeamte, gegen
die ein Disziplinarverfahren eröffnet würde, vorläufig nicht nur
aus dem Amte, sondern auch aus dem bisherigen Wohnort entfernt
werden sollten, habe mit dem Fall Köhsche nichts zu thun. Die
„Tribüne“ nahm gleich vielen anderen Tageszeitungen von dieser
Erklärung Kenntniß und knüpfte daran die Bemerkung: „Wer's
glaubt, bezahle einen Thaler“. Der Bürgermeister stellte nun gegen
Schulz Strafantrag wegen Beleidigung, weil er der Unwahrheit
brichtig sei. Das Landgericht in Erfurt lehnte jedoch
die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, weil keine Be-
leidigung vorliege, worauf der Staatsanwalt Beschwerde
beim Oberlandesgericht in Naumburg erhob, das dann die Fort-
führung des Prozesses anordnete. Das Landgericht hat nun
auf kostenloser Freisprechung unseres Genossen Schulz
erkannt. Es trat der Ansicht des Verteidigers bei, der
ausgeführt hatte, der Bürgermeister werde durch die schwersten
infrimierten Worte nicht der Lüge geziehen, sondern es sollte nur
gesagt sein, man könne über seine Auffassung, der Antrag auf der
Synode stehe mit dem Fall Köhsche in keinerlei Beziehung, ver-
schiedener Meinung sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Gewerkschaften Berlins!

Wie uns von verschiedenen Seiten mitgetheilt worden ist, wird
in Gewerkschaften und Versammlungen auf Listen, welche nicht
mit dem Stempel der Gewerkschafts-Kommission versehen sind, für
die Schuhmacher gesammelt. Wir erinnern daran, daß dieses Vor-
gehen den Beschlüssen der Gewerkschafts-Kommission nicht
entspricht und ersuchen wir, alle solche Listen zurück-
zugeben. Im weiteren ersuchen wir, die von der Gewerkschafts-
Kommission zum Streik der Schuhmacher verausgabten
Sammlungen unverzüglich abzurufen. Wir erklären damit die
Sammlungen für die streikenden Schuhmacher für geschlossen.

Der Ausschuß

der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Achtung, Vergolder Berlins! Die Firma Benede in
Essen a. d. R. sucht gegenwärtig in Berliner Blättern nach
Arbeitskräften. Die Kollegen werden im eigenen Interesse ersucht,
auf der Hut zu sein und auf die Engagementsbedingungen streng
zu achten. Auf Grund eines „Kontrasts“ von Kontrakt ist diese
Firma einen unheilvollen Terrorismus aus, welcher noch nach
Böschung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeiter von den nach-
theiligsten Folgen sein kann. Insuperdem versuchte es die Firma
schon zu wiederholten Malen, die Arbeitspreise zu reduzieren und
hatten wir daher schon oft Gelegenheit, die Kollegen vor einem
Engagement nach dort zu warnen. Der Verbandsvorstand.

Achtung, Metallarbeiter! Vom 1. April ab wohnt der Ver-
trauensmann für den Osten, Abt. P. P. P., Georgenkirchstr. 64;
der Vertrauensmann der Mechaniker und Uhrmacher, Karl Schmidt,
Höchststr. 8; der Vertrauensmann der Formier, Karl Ergang,
Kottbuser Damm 72.

Die Lohnkommission der Zimmerer und Maurer von
Kalkberg-Rüdersdorf hat am 29. März mit den dortigen Meistern
eine mündliche Unterhandlung gepflogen. Die Arbeiter unterbreiteten
folgende Forderungen: Lohnerhöhung von 40 auf 42 1/2 Pf. pro
Stunde, für Ueberstunden und Sonntagsarbeit pro Stunde 10 Pf.
Zuschlag. Auf den Bauten ist für Baubuden und Klosets zu sorgen.
Von den 7 am Orte wohnenden Unternehmern waren nur 3 er-
schienen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, da die Meister
nur 35 Pf. Mindestlohn boten und Ueberstunden auch nicht höher
entlohnen wollten; nur Sonntagsarbeit wollten sie mit 10 Pf. Zu-
schlag bezahlen. — Da es voraussichtlich zu einem Streik kommen
wird, ersuchen wir die Maurer und Zimmerer auf dringlichste, schon
jetzt den Zugang nach hier zu meiden. Die Lohnkommission.
F. A. Wilhelm Christoph, Bergbrück, Kalkberg-
Rüdersdorf.

Deutsches Reich.

„Tüchtige Schmiedegesellen“ werden durch ein Inserat im
„Local-Anzeiger“ auf der Berliner Jungfernhofstraße verlangt.
Man ist aber nach unserer Erfahrung hier durchaus kein Mangel an
Arbeitskräften; es scheint vielmehr das Inserat den Zweck zu haben,
möglichst viel Schmiede nach Berlin zu locken, um ein Ueberangebot
von Gesellen herbeizuführen. Wir ersuchen daher unsere Kollegen
in der Provinz, dem Inserat keine Folge zu geben. Der Ver-
trauensmann.

Die Gastwirthsgehilfen, die durch ihren Beruf verhindert
sind, mit der übrigen Arbeiterschaft zusammen die Maßfeier zu
begehen, wollen, wie der „Gastwirthsgehilfe“ mittheilt, in diesem
Jahre am 3. Mai, und zwar in allen Städten, wo es organisierte
Vereinsgenossen giebt, die Feier stattfinden lassen.

Lohnkämpfe der Bauhandwerker. Die Maurer in Weisen-
fels haben in einer Vereinbarung mit den Meistern einen Stunden-
lohn von 33 Pf. festgelegt.

In Stargard befinden sich die Maurer im Aufstand; sie
verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf.

Das Unternehmerorgan der Dachdecker fordert auf, alle Arbeits-
suchenden nach P. P. P. zu senden, da dort die Dachdecker sich im
Streik befinden. Wir ersuchen deshalb die Arbeiter um so eifriger
darauf bedacht zu sein, daß dieser Wunsch der Unternehmer nicht in
Erfüllung geht.

Der Streik der Formier in Wolfenbüttel dauert fort,
da die eingeleiteten Verhandlungen resultatlos verliefen.

In Oberrodern in Hessen ist der Streik der Arbeiterinnen der
B. Donner'schen Hakenhaarschneiderei für beendet erklärt worden.
Die Lohnklärung konnte nicht verhindert werden; 20 Arbeiterinnen
blieben gemahngelöst.

Der Verband der deutschen Barbier- und Perrückenmacher
hielt am 28. und 29. März in Stuttgart einen süddeutschen Verbands-
tag ab. Bei den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß allgemein Klage
geführt wurde, daß die Bestimmungen über die Zurechnung der
Sonntagsruhe von den Behörden keineswegs streng gehandhabt
werden. In der Stellungnahme zur Handwerks-Organisation
beschloß die Versammlung, sich an allen Wahlen, wo die
Gehilfen Vertreter zu entsenden haben, zu betheiligen.
Die Anträge Barman-Eberfeld und Schlingen, die Zeitung monatlich
zweimal erscheinen zu lassen, wurden abgelehnt. Der Antrag
Berlin, daß dem dortigen Zweigverein gestattet sei, nur 25 pCt.
statt 50 pCt. abzufenden, sowie der Antrag Bielefeld, die
Beiträge von 20 Pfennig auf 15 Pfennig herabzusetzen, und
ferner die Anträge Barman-Eberfeld und Bielefeld, die Mit-
glieder, welche sechs Wochen Beiträge schulden, auszuschließen, gleich-
falls abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag der Berliner
Zahlstelle, zum nächsten Verbandsstag einen Entwurf zur
Arbeitslosen-Unterstützung vorzulegen, angenommen. Zur Agitation
sollen pro Mitglied an den Vertrauensmann 10 Pfennig abgeliefert
werden.

Der Streik der Weber und Weberinnen bei der Firma
Julius Neugebauer in Langenbielau hat sich schon in
etwas zu gunsten der Streikenden gewendet, indem der Fabrikant
bereits Lohnzugeständnisse gemacht hat. Da hiervon aber nur ein Drittel
der in der Fabrik hergestellten Waarenquantitäten betroffen werden, so
beschlossen die Streikenden in geheimer Abstimmung einseitig, im
Streik zu verharren, bis Herr Neugebauer zu weiteren Lohnzugestän-
den bereit ist. Seine Drohung, daß, wer die Arbeit nicht aufnimmt, ent-
lassen werde, hat der Fabrikant in die Wirklichkeit umgesetzt; trotzdem
ist keiner der Streikenden abtrünnig geworden. In bürgerlichen
Blättern sucht der Fabrikant bereits Weber. Die sonst bei der-
artigen Inseraten übliche Bemerkung „bei hohen Löhnen“ fehlt
jedemfalls deshalb, weil Herr Neugebauer selbst einseht, daß er
äußerst niedrige Löhne zahlt. Hoffentlich findet sich kein Arbeiter,
der den Kampf der Streikenden um Verbesserung ihrer lärglichen
Existenz erschwert, indem er bei der Firma Julius Neugebauer in
Arbeit tritt. Zugang ist also streng fernzuhalten.

Die Forderungen der Zimmerleute in Nürnberg wurden
von der Meisterrinnung zurückgewiesen. Wenn abermalige Unter-
handlungen keinen Erfolg haben, so soll in den Streik eingetreten
werden. Eine Versammlung beschloß, daß jeder organisierte Zimmerer
von jetzt ab 1 M. zum Streikfonds steuern soll, beim Ausbruch des
Streiks sollen die an demselben nicht betheiligten ledigen Arbeiter
1,50 M., die verheiratheten 1 M. wöchentlich bezahlen. — Auch die
Male rücken sich zu einer Bewegung, um den übrigen Bauhand-
werkern in bezug auf Arbeitszeit und Lohnhöhe gleichgestellt zu
werden.

Die Steinarbeiter in Stragburg i. G. haben in einer all-
gemeinen Versammlung den Beschluß gefaßt, daß jeder in der Stein-
branche beschäftigte Arbeiter in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober
dieses Jahres einen außerordentlichen Wochenbeitrag von 50 Pf. an
die Verbandskasse zahlen soll. In den Vorjahren betrug der Beitrag
pro Mann und Woche 1 M., wurde aber nur von den Steinbauern
bezahlt.

Rußland.

Der Streik der Wiener Handschuhmacher, der schon beinahe
beendet war, hat von neuem an Ausdehnung zugenommen. Im
Laufe der letzten sechs Wochen hatten noch und nach 25 Fabrikanten
und Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligt und zwar
größtentheils im gütlichen Wege, nur bei einigen kam es zu kurzem
Ausstand. Auch ist die Arbeitszeit in den meisten dieser
Betriebe geregelt worden, indem statt der üblichen elfstündigen
eine zehnständige Arbeitszeit eingeführt wurde. Die Arbeiter ver-
pflichteten sich auch, die Ueberzeitarbeit, nämlich das übliche Rit-
nehmen der Arbeit nach Pause, gänzlich abzuschaffen. Die
Bewegung hatte also bis jetzt einen ruhigen und fried-
lichen Verlauf genommen. Als aber die Handschuhmacher
der Fabrik Zacharias die Forderungen ebenfalls über-
reichten und infolge deren Ablehnung vorige Woche in den
Ausstand traten, veranlaßte Zacharias die anderen Fabrikanten
sich zu einer Genossenschaft zu vereinigen. Dem Minimallohn-
Tarif der Gehilfen wurde ein Maximallohn-Tarif der
Fabrikanten entgegengestellt, der nichts anderes bedeutet,
als die gängliche oder theilweise Zurückziehung der be-
reits seit mehreren Wochen bewilligten und durch Hand-
schlag, Ehrenwort und Unterschrift verbürgten Lohnerhöhung. Ja,
bei einigen Firmen, die etwas besser bezahlten, bedeutet der
Maximallohn der Fabrikanten sogar eine Reduzierung der
alten Löhne. Dieser Tarif enthält ferner in selten Fällen
die Bestimmung, daß die Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis
7 Uhr abends zu dauern habe, daß also wieder elf Stunden getradet
wird. Die Fabrikanten bestimmen, daß jeder, der den Tarif
überschreiten sollte, 50 Gulden Strafe zu zahlen hat. Ferner soll
von nun an gegen Streikende oder sonst mißliebige Arbeiter

die schwarze Liste angewendet werden. Die beschlossene
Lohnerhöhung ist am letzten Sonnabend von acht Fabrikanten vor-
genommen worden. Darauf haben bis jetzt 110 Gehilfen die Arbeit
niedergelegt. Aller Voraussicht nach wird es nun zu einem lang-
wierigen Kampf kommen; für die Arbeiter handelt es sich jetzt um
die Aufrechterhaltung ihrer Organisation.

In Mödling und Hinterbrühl bei Wien haben am Montag
600 Maurer und deren Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt,
weil die Meister auf ihre Forderung, den Beginn der Arbeitszeit auf
morgens 7 Uhr (bisher 6 Uhr) zu verlegen, abtuhnten. Die Arbeits-
zeit wäre durch diese Maßnahme nur um 1/2 Stunde gekürzt worden,
da die Arbeiter eventual auf die Vesperpause verzichten wollten.

Der schweizerische Brauerei-Arbeiter-Verband beschloß auf
seiner letzten Generalversammlung, die Arbeitslosen-Unterstützung
einzuführen. Es soll pro Tag 1 Frank und zwar bis zu 40 Franken
gewährt werden. Das Verbandsorgan bleibt noch wie vor die in
Hannover erscheinende „Deutsche Brauer-Zeitung.“

Unternehmer-Verbände.

Ueber die Bildung gewerblicher Trusts wird uns aus
London geschrieben: Dem Trust der Nähgarnspinner, der 7 1/2 Mill.
Pfd. Steel. repräsentirt, ist jetzt ein Trust von Spinnern der feinen
Stoffgarnen gefolgt mit einem Kapital von 6 Millionen Pfund und
weiter ist ein Trust der feineren Leinengarne im Gange, der
7 Millionen Pfund Sterling repräsentirt soll, sowie eine Anzahl
kleinerer Verbindungen, so daß bald gegen 700 Millionen Mark
Kapital der britischen Spinnerei-Industrie den Konfliktenkampf um
noch als Organisation führen werden. Schwere hält es, die
Verbereien zusammenzubringen, doch dürfte es in einigen Spezial-
itäten der Weberei wenigstens ebenfalls zu solchen „Kombinationen“
kommen. Die organisierten Arbeiter sehen, wie aus Mandley's Briefen
hervorgeht, diese Verbindungen des Kapitals ziemlich ruhig, wenn
nicht sympathisch zu Dagegen hat es in Lancashire starke Er-
bitterung hervorgerufen, daß sich der Schatzkanzler, Sir Robert
Filds Beach, neulich herausnahm, einer Deputation von
Vertretern der Textilarbeiter, die ihn wegen der Wäh-
rungsfrage interpellirte, in beleidigender Weise den
Stuhl vor die Thür zu setzen, weil Mitglieder derselben
ein gegen ihn und andere Beamte gerichtete Flugblatt unterzeichnet
hatten. Es ist das ein in England bisher unerhörtes Verfahren
und würde der Regierung theuer zu stehen kommen, wenn Lancashire
eine Parlamentswahl vorzunehmen hätte. —

Soziales.

Apotheker und Krankenkassen. In Halle a. S. hatten
sämmliche Apotheker den Krankenkassen bisher 25 pCt. Rabatt zu-
gestanden und auch nicht dagegen gehakt, daß Salbe, Watte und
sonstige Handverkaufartikel aus den Drognengeschäften bezogen
würden. Jetzt wollen sie nur noch 10 pCt. Rabatt gewähren und
verlangen dabei noch, daß sämmliche Handverkaufartikel nicht mehr
in den Droguerien, sondern in den Apotheken gekauft werden. Andern-
falls wollen sie die Medikamente nur gegen baar liefern, ebenso
in dem Falle, wenn die Krankenkassen etwa den Verkauf machen
sollten, den Bezug der Medikamente auf einzelne Apotheken zu be-
schränken. Die Apotheken haben sich, wie berichtet wird, gegen eine
Konventionstrafe von 10 000 M. verpflichtet, von diesen Forderungen
nichts abzulassen.

In Remscheid waren die Apotheker in ähnlicher Weise
gegen die Krankenkassen vorgegangen; sie mußten aber nachgeben,
und so wird es wohl auch in Halle a. S. kommen, wenn die Kassen
fest zusammenhalten.

Den Neunhühdenschuß führen am 1. April 62 Firmen in
Spremberg ein.

Die Schaffung eines **Gewerbegerichts** für den Bezirk der
Kamts Hauptmannschaft Leipzig beschloß eine Volks-
versammlung in Sittlich zu fordern.

Der **Normalarbeitstag in Rußland.** Das Gesetz vom
2. Juni 1897, wurch in Rußland der 11 1/2stündige Normal-
arbeitstag eingeführt wurde, ist durch „Erläuterungen“, die in einem
neuerdings vom Finanzminister an die Fabrikinspektoren erlassenen
Zirkular gegeben werden, verschlechtert worden. Die Arbeit in den
Wädereien, Brauereibrennereien, bei einzelnen Prozessen in den
Bierbrauereien, wo auch bis zum 1. Juni 1899 die Arbeit in
Mühlen und bis zum 1. Juli 1899 in Zuckerraffinerien, ist bezeichnet
worden als Arbeit, die keine Unterbrechung duldet; infolge dessen
darf bei diesen Arbeitskategorien der Arbeitstag statt 11 1/2 Stunden
12 Stunden betragen, ungerechnet die Ueberstunden, bezüglich deren
das neue Zirkular gleichfalls Verschlechterungen gegenüber den
früheren Bestimmungen bringt. Die Instruktion an die Fabrik-
inspektoren vom 20. September v. J. enthielt nämlich die Bestim-
mung, daß außer der aus betriebstechnischen Gründen nothwendigen
Ueberarbeit die Unternehmer mit den Arbeitern nicht mehr als
120 Ueberstunden im Jahre vereinbaren dürfen. Diese Beschränkung
wird durch die neue Zirkular aufgehoben für Buchdruckerei-
Arbeiten bei Erstellung der periodischen Presse sowie für solche,
die erforderlich sind infolge eines, keinen Ausschub bildenden
Staatsbedarfs, für einige Arbeitsprozesse in den Bierbrauereien
und für die Wädereien. Für Arbeiter in den Wädereien und einen
Theil der Buchdrucker und der Arbeiter in Bierbrauereien ist somit
der Normalarbeitstag abgeschafft, da sie, wenn es den Unternehmern
beliebt, unbeschränkt Zeit arbeiten müssen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 11. März. (B. Z. S.) Als Nachfolger des mit dem
1. April d. J. in den Ruhestand tretenden Geh. Regierungsraths
Grafen P. A. d. r. ist von dem Herrn Minister des Innern der bisher
bei der I. Abteilung des Polizeipräsidiums beschäftigte Regierungs-
rath Dietrich zum Dirigenten der IV. Abteilung (Kriminal-
polizei) ernannt worden.

Paris, 11. März. (B. Z. S.) In der Revisionsverhandlung
über den Soprozeß beantragte der Generalstaatsanwalt die Ver-
werfung der Kassationsgründe. Der Kassationshof verschob die
Fällung des Urtheils auf Sonnabend.

Stockholm, 31. März. (B. Z. S.) Beide Kammern des
Reichstages haben die Regierungsvorlage, betreffend den Bau der
Eisenbahn von Gellivara nach der norwegischen Grenze im Prinzip
angenommen.

Athe, 31. März. (B. Z. S.) Der Prozeß gegen Kardighi
und Georgis begann heute Vormittag unter großem Andrang
des Publikums. Die Anklageschrift führt die Vorstrafen Kardighi's
an und rachtet Georgis als passives Werkzeug in den Händen
Kardighi's nachdem die Aussage der Prinzessin Marie verlesen
war, wozu vom Verhör der Zeugen geschritten, welche über die
bereits bekannten Thatsachen ausfragten. Einer von denselben, ein
Beamter der Stadtverwaltung, fand am Tage vor dem Attentat
in einer von Kardighi benutzten Schrank im Rathhause eine
Dynamitbombe. (Erregung im Saale.) Der verwundete Sakai sagt
aus, die weiße Angel habe seinen Hut getroffen. Einige Zeugen
versichern Kardighi leide an Anfällen von Melancholie.

Der Angeklagte Kardighi erklärt, er sei zu dem Verbrechen
durch die Presse und die öffentliche Meinung verleitet worden,
welche die König und die Politiker für die Leiden des Vaterlandes ver-
antwortlich machten. Hätte das erste Verbrechen Erfolg gehabt, so
hätte er selbstmordlich getödtet mit der Bombe, die am Platze der That
gefunden wurde. Die Prinzessin Marie hätte er nicht getödtet.
Er habe auf eigene Rechnung gehandelt und gebiete keiner Vereini-
gung an Georgis giebt an, er habe in die Luft geschossen. Der
Staatsanwalt beantragt gegen beide Angeklagten die Todesstrafe.
Der Verteidiger beantragt, Kardighi für unzurechnungsfähig zu
erklären, er sei durch die Presse zu seinem Verbrechen verleitet
worden sein Chauvinismus sei krankhaft. Der Gerichtshof
verurtheilte beide Angeklagten zum Tode.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 31. März 1898, 12 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Boffe.

Die erste Beratung der Gesetzentwürfe betr. das Dienst- einlösen der Geistlichen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Dittrich (Z.): Dem Dr. Sattler wird es schwer werden, aus der Vorlage eine Bevorzugung der katholischen Pfarrer nachzuweisen. Seinen Bemühungen, diese Vorzüge wieder zu beseitigen, sehen wir mit Freude entgegen. Mit dem Inkrafttreten der Vorlage wird der Paritätsstreit wenigstens auf dem Gebiete der Gehaltsfrage verschwinden. Zu überlegen wäre noch, ob es sich empfiehlt, der Regierung so allgemein, wie es die Vorlage plant, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, oder ob sich nicht eine Bindung dieser Verwendung empfiehlt. Der Vorschlag des Abg. v. Köller, die Bewilligung einfach durch eine Etatsposition auszudrücken, erscheint uns nicht empfehlenswert.

Abg. Daacke (lit.): Die Bedenken, welche dem Gesetz entgegenstehen und welche Herr v. Köller vorgebracht hat, theilen die Freunde des Redners, halten sie aber nicht so wichtig, daß sie die Ablehnung rechtfertigen. Es müssen drei Forderungen gestellt werden: Keine Mehrbelastung der Gemeinden, Verringerung der Geistlichen und Inkrafttreten schon vor dem 1. April l. J. Besonders wichtig erscheint die Einrichtung, daß die im Aufstiegswege festgesetzten Beiträge einfach durch Exekution beigetrieben werden (Sehr richtig!) Wir haben bei den Lehrergehältern erfahren, was das heißt, und wir möchten sogar glauben, daß einseitige Geheile lieber die heutigen traurigen Verhältnisse weiter ertragen, als ihre Gemeinden den Folgen dieser Bestimmung aussetzen. (Sehr richtig!) Die Vorlage macht neue Einnahmequellen offen, so daß dem Staate mehr als 750-800 000 M. Ausgaben aus der Erhöhung der Mindestgehälter nach der Vorlage erwachsen würden. Brauchen wir uns da einen Augenblick bekümmern angesichts der Finanzlage?

Minister v. Miquel: Die Bewilligung von Mitteln zu gleichmäßig wiederkehrenden Ausgaben, die den Staat und den Landtag gleichmäßig für längere Zeit binden, hat man ja oft genug angefochten. Aber solche Gesetze sind nicht zu vermeiden. Der Vorschlag des Herrn v. Köller, der einfach 100 pCt. auf die Etatsposition aufzulassen will, macht die heutigen vielbesagten Zustände nur um 100 pCt. verlagert. Dadurch, daß wir die nicht leistungsfähigen Gemeinden unterstützen wollen, daß die Geistlichen nicht Staatsbeamte werden. Vor dem 1. April 1899 wird das Gesetz nicht in Kraft treten können. Zu gering ist das Gehalt von 1800 M. nicht. Gymnasiallehrer und auch Professoren stehen noch unangünstiger bei ihren Anfangsgehältern und haben keine freie Dienstwohnung. Will man die Gemeinden abhört nicht höher belassen, so ist das ein gefährliches Prinzip, daß die Gemeinden und auch die Geistlichen später sehr bereuen würden; denn dann würden diese wirklich Staatsbeamte werden. Ohne Konzeptionen von den widerstrebenden Parteien kann ein solches Gesetz nicht zu Stande kommen. Behalten Sie die Vorlage mit Wohlwollen und bedenken Sie, daß Ihnen die Geistlichen wenig dankbar sein würden, wenn die Vorlage scheiterte.

Minister Dr. Boffe wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Köller. Von einer Vermögenskonfiskation der Pfarrgemeinden könne keine Rede sein. Diese Gemeinden haben oft genug dringend gebeten, von ihrer Verwaltungslast frei zu sein, da sie das nicht zu verwirklichen vermögen, was man von ihnen fordert. Im Pfändensystem ist nichts geändert, sie sollten erhalten werden und darum sind auch die leistungsfähigen Pfanden nicht herangezogen zu Gunsten der weniger leistungsfähigen Gemeinden. Gegen die Beschlüsse der Verwaltungsbehörden über die Leistungsfähigkeit der Gemeinden steht der Rechtsweg offen, so daß über die Verfahren wohl kein Widerspruch entstehen kann.

Abg. Dornig (L.) wünscht zwar auch das Zustandekommen der Vorlage; wiederholt aber alle Bedenken des Herrn v. Köller.

Abg. v. Plettenberg (L.) erklärt sich namens der römisch-evangelischen Gemeinden mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Dr. Wartenberg (Pole) theilt den Standpunkt der Zentrumredner.

Abg. Schall (L.) erkennt in der Vorlage das aufrichtige Bestreben der Regierung, den kirchlichen Nothstand zu beseitigen. Leider sei das Gesetz überhastet und bedürfe gründlicher Prüfung. Die Vortheile des Gesetzes überwiegen jedenfalls weit seine Nachteile, wenn diese auch ernst genug sind, um nicht übersehen zu werden. Die Kommission wird diese Bestimmungen jedenfalls genau prüfen und dafür sorgen, daß ausreichende Mittel vom Staate bewilligt werden.

Nach einigen weiteren Auslassungen der Abgg. Stöcker, v. Köller, Irmer und des Ministers Boffe wird die Vorlage an eine 12er Kommission verwiesen. Freitag 11 Uhr Petitionen. Schluß 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

In der heutigen Sitzung des Bundesraths nahm derselbe von der Vorlage, betreffend die Denkschrift über die deutschen Niederlassungen in Sibirien und Hankau, Kenntnis. Dem Gesetzentwurf, betreffend die anderweitige Festsetzung des Gesamtcontingents der Bremerer, dem Antrage des Abgeordneten Dr. v. Bevekov und Genossen wegen Errichtung eines Sanatoriums für Kaiser Friedrich, und dem Gesetzentwurf, betreffend die deutsche Flotte, sowie schließlich dem Ausschussbericht, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Klaff-Lothringen über die Presse, wurde die Zustimmung erteilt. Die Vorlage, betreffend die Beilegung von Korporationsrechten an die Paganini-Gesellschaft zu Berlin, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Die neue Kommission des Reichstags, wiewohl nach Auflösung der früheren „Baukommission“, die fernere Aufklärung des Gebäudes mit Bildern und Kunstwerken besorgen ist, wird nach dem jüngst gefassten Beschlusse aus 7 Mitgliedern der Reichstags und zwei vom Bundesrath gewählten Vertretern bestehen. Vom Reichstage sind folgende Herren in die Kommission entsandt worden: v. Bennigsen, v. Hecker, Dr. Lieber, v. Kardorff, Rehn, Schmidt-Eberfeld und Singer. Der Bundesrath hat seine Vertreter noch nicht gewählt. Infolge dessen fand heute nur eine vorläufige Besprechung der Reichstagsvertreter statt. Die Kommission will sofort nach den Ferien zu weiterer Beratung zusammentreten.

Dem Abgeordnetenhaus ist der vom Herrenhause angenommene Gesetzentwurf betr. die Vertretung der Propstei- (Krei-) Synodalverbände und des Gesamtpropstei-Verbandes der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein sowie der teilsynodalen Verbände des Konsistorialbezirks Wiesbaden in vermögensrechtlichen Angelegenheiten zugegangen.

Kommunales.

Die Revision der Stadtgemeinde Berlin gegen das verurtheilende Kammergericht - Erkenntnis in Sachen des früheren Bureau-Hilfsarbeiters (Militärwärter) Korth gegen den Berliner Magistrat wegen Zahlung des Gehaltes von 1600 M. aus dem Jahre 1891/92 wurde gestern im Reichsgericht verurtheilt. Korth wird nun sofort das Gehalt für die Jahre 1893/98 eintragen, wodurch der Stadt in diesem einen Falle eine Ausgabe von rund 10 000 M. erwächst. Bekannt ist, daß eine Reihe anderer Fälle ähnlich liegen, durch deren Erledigung der Stadtkäsel erheblich in Anspruch genommen werden wird.

Lokales.

Die Parteigenossen des zweiten Berliner Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 8. April, abends 6 1/2 Uhr, im Lokale von Fritz Jubel, Lindenstr. 106, eine Parteiverammlung stattfindet, in der Genosse Waldeck Rausse über: „Glauben und Denken“ sprechen wird. Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein.

Das Asphaltkloster hat in den letzten zehn Jahren in Berlin eine beträchtliche Ausdehnung erlangt. Am 31. März 1897 waren hier 8 488 060 Quadratmeter gepflasterte Straßenfläche vorhanden, davon waren 1 388 460 Quadratmeter (= 16 pCt.) mit Asphalt befestigt. Dagegen waren z. B. im Jahre 1892 von 5 070 841 Quadratmeter gepflasteter Straßenfläche nur 866 368 Quadratmeter (= 17 pCt.) und im Jahre 1887 von 4 529 535 Quadratmeter nur 412 471 (= 9 pCt.) asphaltiert. Die endgiltige Einführung des Asphalts als Pflastermaterial für Straßenräume erfolgte 1877. Damals wurde als erste Straßenstraße der zwischen Leipzigerstraße und Wilhelmplatz liegende Teil der Wilhelmstraße asphaltiert. Die ersten Versuche mit diesem Pflastermaterial waren bereits 1869 ohne Erfolg in der Markgrafenstraße (zwischen der Jäger- und der Französischenstraße) gemacht worden. Der anfänglich vom Publikum und auch von der Polizei der neuen Pflasterart entgegengebrachte Widerstand hat sich allmählich in das Gegenteil verwandelt. Heute darf sich die städtische Bauverwaltung, indem sie bei der Neupflasterung der Straßen Asphalt bevorzugt, darauf berufen, daß aus allen Stadtbezirken zahlreiche Petitionen um Asphaltierung einlaufen. Nur die Interessenten des Ostbezirks, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, stehen dem Asphalt auch heute noch wenig freundlich gegenüber. Daß in der That das häufigere Stürzen der Pferde auf Asphalt nicht, wie oft behauptet worden ist, auf bloße Nachlässigkeit der Kutscher zurückzuführen ist, das zeigen die bei der Feuerwehre damit gemachten Erfahrungen. Die Feuerwehre, die doch gewiß über gutes Pferde material und tüchtige Fahrer verfügt, hatte in den letzten Jahren auf Asphaltstraßen ungefähr fünfmal so viel Unfälle als auf der gleichen Strecke anderen Pflasters.

Ueber die Nachfolgerwahl des Oberbürgermeisters Jelle berichtet sich die bürgerliche Presse seit einigen Tagen den Kopf. Man giebt sich Kombinationen hin, die vor der Hand recht müßig sind, und besonders ordnungsfremdliche Blätter treiben den Sport sogar so weit, daß sie damit drohen, die Regierung werde sofort scharf machen, wenn etwa ein Mann in Vorschlag gebracht werden sollte, der auch der Sozialdemokratie genehm sein könnte. Wie wir erfahren haben, ist die rechtsstehende Presse in diesem Falle allerdings nicht ganz auf falscher Fährte. Man soll im Ministerium des Innern in der That der Meinung sein, daß ein Mann der schärferen Tonart am Platze ist in einer kommunalvertretung, die weit entfernt davon, dem Umsturz das Leben sauer zu machen, sogar verschämt mit der Revolution liebäugelt. Auch macht sich von bestimmter Stelle aus ein Streben dahin geltend, daß die Stadt Berlin in den nächsten Jahren noch bei weitem mehr als jetzt zu Kirchendauten herangezogen werden müsse. Alle diese Erwägungen haben dahin geführt, daß unter der Hand in solchen kommunalen Kreisen, die man noch nicht völlig den destruktiven Tendenzen verfallen glaubt, für eine Person Stimmung gemacht werde, welche schon bei früherer Gelegenheit gezeigt hat, wie sehr sie im Stande ist, der Obstruktion in der Kommune entgegenzutreten. Es ist dies der Baurath Schwedten hierseits.

Der Ministerialerlass, der eine strengere Kontrolle der Gesinde-Vermietungs-Bureau's anordnet, war wohl besonders für die Bureau's notwendig, die ländliche Arbeitskräfte vermitteln und hier in der Nähe des Stettiner- und Schlesischen Bahnhofes wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Die Vermittler, die selbst und durch ihre Agenten die Leute vom Lande heranziehen, um sie dann weiter zu vermiethen, behalten sie, wenn es an Nachfrage fehlt, nicht selten acht und vierzehn Tage hier und gewähren ihnen, den Vorarbeiten gegenüber, selbst Unterkunft und Kost. Wenn auch für Männer und Frauen getrennte Räume vorhanden sind, so lassen doch die Quartiere an Raum u. s. w. oft genug alles zu wünschen übrig; nicht selten giebt es unter diesen Umständen zwischen den Eingepferchten auch Raufereien und Messerstechereien. Dem allen wird man nun wohl ein Ende machen.

Die „National-Zeitung“ begeht am 1. April ihr 50jähriges Jubiläum. Das Blatt ist so recht ein Kind der 1848er Märztage, der Erhebung des Bürgerthums gegen Junkerei und Absolutismus. Bis in den Anfang der 60er Jahre hat die „National-Zeitung“ durch die Veröffentlichung der bedeutenden Arbeiten Lothar Bucher's über die erste Londoner Welt-Ausstellung u. s. w. sich als muthvolle Vertreterin ernsthaft fortschrittlicher Zeitentendenz gezeigt. Dann hat das Blatt im Laufe der Jahrzehnte so manche Wandlung des Bürgerthums mitgemacht und aus seiner Vertretung der bürgerlichen Freiheit ist mehr eine Vertretung des bürgerlichen Kapitalismus geworden. Immerhin haben die meisten Organe des Nationalliberalismus im Preisgeben der einseitigen Ideale weit mehr geleistet als die „National-Zeitung“. In jedem Falle verkörpert sich in den 50 Jahressbänden dieser Zeitung ein wichtiges Stück Geschichte des deutschen Bürgerthums.

Das Andenken von Baarenhäusern durch die Schaffner der Straßenbahnen sollte nach einer wiederholt durch die Zeitungen gehenden Mitteilung von Seiten der Direktionen verboten worden sein. Wie sich jedoch jedermann auf einer Fahrt durch die Leipzigerstraße überzeugen kann, findet das Ausrufen nach wie vor statt. Die Schaffner erklären auf Anfrage, daß ihnen von einem derartigen Verbote nichts bekannt sei. Sie handelten vielmehr nach der ihnen gegebenen Weisung.

Die 4. städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Heinersdorferstr. 18, in der Nähe des Friedrichshains, ist in ihrem Mächthum begriffen. Im verfloffenen Semester ist sie von 800 Schülern vorzüglich aus dem Kaufmanns- und Handwerkerstande besucht worden. Sie gewährt Unterricht in Deutsch, Rundschrift, Stenographie, Algebra, Mechanik, Chemie, Modelliren, Französisch und Englisch in Ober- und Unterkurse, in einfacher und doppelter Buchführung, Ornament- und Körper-, Zirkel-, Projektions- und Altgriechen, Blumenmalen, Fachzeichnen für Graveure und Lithographen. Mit der Anstalt ist ein städtischer Gewerbesaal für Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker, und die Berliner Tischlerschule für Tischler und Drechsler verbunden. Der Unterricht beginnt am Donnerstag, den 14. April. Anmeldungen nimmt täglich an von 12-2 und von 7 Uhr abends ab der Leiter der Anstalt, Herr Rektor Lukenberger, Heinersdorferstr. 18.

Wegen Verschimpfung der deutschen Flagge ist am Donnerstag Morgen die 23jährige Längerin des Neuen Olympia-Theaters Mrs. Dell-Soldato geb. Abba Collico plötzlich verhaftet worden. Bekanntlich finden in dem Ausstattungsstück „Konstantinopel“ und zwar im dritten Akte „Alt-Wien“ große sportliche Veranstaltungen statt, während deren die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten, wie Engländer, Franzosen, Spanier, Italiener, Amerikaner, Deutsche mit einander lämpfen. Schon von Anfang der Sportkämpfe war es zwischen den einzelnen Völkern, ganz besonders aber unter den Damen zu Reibereien gekommen, die nach und nach einen derartig heftigen Charakter annahmen, daß die Direktion des Neuen Olympia-Theaters wiederholt vermittelnd eingreifen, ja sogar einzelne heißblütige Italienerinnen und Spanierinnen deshalb entlassen mußte. Ganz besonders aber trat der Rassenhaß zwischen Engländern, Italienern und Deutschen hervor und das anfänglich ganz harmlose Längeln zwischen Damen dieser

Nationalitäten gab mehrfach Veranlassung zu erbitterten Wortgefechten, die sich nach Beendigung des Sportkampfes in den Garderoben abspielten. An einigen Abenden der vorigen Woche nun soll Frau Soldato aus Wuth darüber, daß die Engländerinnen von den deutschen Mädchen besiegt wurden, die als Zeichen des Sieges gehißte deutsche Nationalflagge zerrissen haben. Die Direktion entließ die Dame sofort und auf die Denunciation einer der beleidigten Deutschen hin wurde Frau Soldato am gestrigen Morgen in ihrer Wohnung in der Albrechtstraße verhaftet. Der Gatte der Festgenommenen hat sich noch im Laufe des Tages an den englischen Vorkämpfer gewandt, um die Freilassung zu erwirken. Das Polizeipräsidium hat jedoch das Längeln auf der Bühne des Olympia-Theaters soeben verboten. Die Direktion des Neuen Olympia-Theaters beabsichtigt nun, im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Verfügung der Behörde vorzulegen zu werden.

Kinderausbildung in Berlin. Die Zählung der erwerbsthätigen Kinder, die auf Veranlassung der städtischen Schuldeputation in höherem Auftrage an allen hiesigen Gemeindeschulen am 28. Februar d. J. stattfand, hat folgendes Resultat ergeben: Es wurden überhaupt 25 394 Kinder und zwar 17 636 Knaben und 7758 Mädchen beschäftigt, davon mehr als drei Stunden täglich 11 091 Kinder und zwar 6766 Knaben und 2325 Mädchen. In den Angaben über die spezielle Art der Beschäftigung ist u. a. erwähnt, daß beim Regeln 415 Kinder und zwar 414 Knaben und ein Mädchen erwerbsthätig sind.

Ueber eine delikate Angelegenheit wurde in der Monatsversammlung des Vereins der Schankwirthe Nord-Ost Berlin verhandelt. Es wurde nämlich von mehreren Vereinsmitgliedern der Antrag gestellt, Schritte gegen diejenigen Schankwirthe zu unternehmen, die ihren Bedarf an geflochtenem Fleisch aus der bekannten Küche des städtischen Viehhofes beziehen. Das betreffende Fleisch, welches von perlsüchtigen und finsternen Thieren herkommt, wird bedeutend billiger abgegeben, als vollwerthiges gesundes Fleisch. Die Angelegenheit wurde dem Vereinsvorstande zu eingehender Prüfung überwiesen und soll in der nächsten Monatsversammlung erörtert werden.

Die Verbrennung der Kränze im Märzgefallenen-Friedhof ist, wie ein hiesiges Blatt mittheilt, nicht von der städtischen Deputation angeordnet, sondern von demjenigen hiesigen Obergärtner, dem der Friedhofsbain unterstellt ist, aus eigener Machtvollkommenheit und ohne vorgängige Anfrage bei seiner vorgesetzten Behörde vorgenommen worden. Nach dem 18. März wird von dem Obergärtner alljährlich der Märzgefallenen-Friedhof einen oder zwei Tage geschlossen, um die Wege und Pflanzungen, welche regelmäßig unter dem Besuche der Volksmassen leiden, wieder instand zu setzen. Bei dieser Gelegenheit werden auch die verwelkten Kränze fortgenommen. Nach dieser herkömmlichen Schablone scheint der betreffende Beamte wieder verfahren zu sein. Offenlich wird dem Manne bedeutet, daß er hinfür etwas gewissenhafter mit den Zeichen der Pietät umzugehen hat.

In der Untersuchungsache Grünenthal sind jetzt mehr als 200 000 M. in Werthpapieren, Kassenscheinen, Kupons und anderen Werthen herbeigeschafft. Sollte das Verhältniß des Grünenthal, 250 000 M. in Kassenscheinen in der Reichsbank entwendet zu haben, der Wahrheit entsprechen, dann würde, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, unter Hinterrückung der Zinsen und Kursgewinne an den gesunden Werthpapieren der Verlust nur auf einen geringen Betrag hinauslaufen. Aus diesem Grunde hat die Reichsbank amtlich noch nicht Stellung zu dem Diebstahl genommen. Die Mittheilung, daß Grünenthal auch eingestanden haben sollte, eine Münzfälschung vorgenommen zu haben, entbehrt noch der Bestätigung. Auch hat bisher keiner der Zeugen nach dieser Richtung hin etwas Belastendes für Grünenthal auszusagen können. Eine gestern vorgenommene Hausdurchsuchung an zwei verschiedenen Stellen hat neue belastende Umstände nicht ergeben. Seit einigen Tagen melden sich fortwährend Personen, die über den Verkehr und die Verhältnisse Grünenthal's die verschiedensten Angaben machen. Aus all' den Angaben geht hervor, daß Grünenthal in seinen Kreisen sehr beliebt war, wozu seine Freigebigkeit viel beigetragen habe. Schuhmacher, Schneider, Friseur und die Kellerer, die G. näher kannten, bekundeten, daß es ihm auf ein Zehnmarsstück mehr nicht ankam, wenn er gut bedient wurde.

Die Eröffnung der Dampfschiffahrt für den Personenverkehr wird auf der Oberspreewald am Palmsonntag erfolgen. An diesem Tage wird nachmittags um 1/2 Uhr die Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ ihren ersten Dampfer von der Jannowbrücke nach Tappert's Waldschlösschen ablassen.

Die Nachweisung der Droschken-Halteplätze für das Sommer-Halbjahr 1898, welche vom Polizei-Präsidium soeben ausgearbeitet worden ist, enthält gegen das verfloffene Winter-Halbjahr zunächst eine Vermehrung der Berliner Halteplätze für Taxameter-Droschken 1. Klasse von 278 auf 295. In Charlottenburg und Schöneberg sind für diese Wagenkategorie außerdem je drei Plätze hinzugekommen. Auch Friedrichsberg hat endlich einen Droschkenhalteplatz bekommen, und zwar in der Rainer Straße, Ecke Franzfurter Allee. Ferner sind die bisher noch vorhandenen 19 besonderen Halteplätze für Droschken 2. Klasse und Gepäcksdroschken mit Fahrpreisangezeiger sämmtlich aufgehoben worden. Die wenigen „Welsen“ zweiter Klasse, die es noch giebt, haben vielmehr von jetzt ab dieselben Halteplätze wie ihre „Schwarzfahren“ Kollegen zu benutzen.

Zwei Unfälle durch Sturz vom Gerüst werden vom gestrigen Nachmittag gemeldet. Der 17 Jahre alte Maurer Paul Burkert aus der Bergstr. 29 in Tempelhof fiel auf dem Neubau von Hagud Erben, Zimmerstr. 29, beim Abräumen vom 4. Stock auf den dritten herab und brach sich den linken Unterschenkel, sodas er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Hoch schlimmer erging es dem 51 Jahre alten Schmiedegesellen Paul Quinger aus der Postenstr. 11, der als Hilfsarbeiter auf dem Ostbahnhof beschäftigt ist. Hier hatte er an einem Schlafwagen Schilde zu wechseln und bediente sich dazu des üblichen beweglichen Leitergerüsts. Als er eben das eine Schilde abgenommen hatte, um das andere an seine Stelle zu hängen, rutschte er aus und fiel herab. Mit äußeren Verletzungen am Schadel und rechten Arm und schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte von zwei Arbeitsgenossen zunächst in seine Wohnung und dann durch Vermittelung der Rettungswehr in der Insterburgerstraße mit einem Lichten Wagen in ein Krankenhaus gebracht.

Der Kaufmann Max Böhme, dessen Verhaftung wir gemeldet haben, ist gegen eine Kaution von 10 000 M. aus der Haft entlassen worden. Böhme hat, wie es heißt, gegen diejenige Person, auf deren Betreiben er seine Festnahme zurückführt, Strafantrag gestellt.

Am nicht zu verkennen, hat sich gestern die 50jährige Wittwe Hermine Hoffmann, geb. Heiland, in der Köhlerstr. 8 wohnhaft, durch Gift getödtet. Seit dem vor mehreren Jahren erfolgten Tode ihres Mannes erwarb die Frau für sich und ihre 75 Jahre alte Mutter durch Strick- und Dilettantenarbeiten auf kümmerliche Weise ihr Brot. Eine langjährige Krankheit machte die Kernste arbeitsunfähig und ließ sie an ihrem Schicksal verzweifeln. Sie nahm Gift, das noch ihr Mann eines Tages aus der Werkstatt mitgebracht hatte. Als Nachbarinnen hinzulamen, war es schon zu spät. Die Kranke lag in den letzten Zügen und konnte vor ihrem Tode nur noch mittheilen, weshalb sie sich vergiftet habe. Die alte, kranke Mutter der Unglücklichen liegt jetzt allein und hilflos in der Wohnung.

Verstorbene ist seit dem verfloffenen Sonntag der Schlossergeselle Heinrich Riede aus Steleben bei Gotha. Der vierzigjährige Mann wohnt bei Frau Raich in der Gerichtstr. 31, 4 Treppen hoch; man vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Er trägt einen schwarzen Soldat und ist belledet mit einem braunen Anzug

Echtes

AUERLICHT

Brenner mit
Glühkörper und Cylinder:

Glühkörper:

70 Pfg.

im Preise

3 Mk.

ermässigt!

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft Berlin C., Molkenmarkt 5.

Mechaniker-Kittel und blaue Körper-Anzüge gut und billigst in der Fabrik C. Flach & Co., Köpckeckerstr. III, Hof part.

Filz-, Seiden- und Strohhut-Engros-Lager.
Weiche Hüte von 1,50 an; steife Hüte v. 2 M. an; Mützen v. 50 Pf. an; Schirme, Stöcke, Kravatten; Radfahrhüte v. 1 M. an; Gamaschen, Westen u. Spangen; Chapeau claque. Grosse Auswahl. Billigste Preise.

4522L* **Robert Teipelke, Admiralstr. 16.**

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Erfurt-Ilversgehofen

Renommirtes Fabrikat.



Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:

Herren-Zugstiefel, gewalzt, Spezialität, . . . 7 M.
 " " Befehl u. Ansoverzierungen 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
 " Agraffenstiefel, Befehl, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
 " Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Weisungen.
 Arbeitsschuhe, reell, solid, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
 Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
 " Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befehl u. Kappe, von 5,50 M. an.
 " Schnürschuhe von 3,50 M. an.
 " Hausschuhe von 3,00 M. an.
 Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, außerst solid gearbeitet.

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 M. an. Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Weisungen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (4656B)

Verkaufsstellen:

- Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.
- C. Rosenthalerstr. 63/64.
- Zittau, Weißgärtnerstr. 14.
- Hannover, Hagenmarkt 7a.
- Darmstadt, Steinstr. 16.
- Bremen, Faulenstraße 7b.
- Düsseldorf, Schadowstraße 57.
- Köln a. Rh., Eigelstein 60.
- Frankfurt a. M., Siebfrauenberg 20.
- München, Sendlingerstraße 10.
- Dachau, Dachauerstraße 83.
- Landshut, Landshuterstraße 7.

Grüner Weg 80

Großer Ausverkauf

in

Gardinen

und 4749L*

Resten

Älterer Muster in weich und reiche, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von **Bruno Güther**, aus Pflaun in Sachsen, Berlin O., Grüner Weg 80 part. Eingang vom Flur (kein Laden). Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.

Grüner Weg 80

Die weltbekannte **Wahl** Bettfedern-Fabrik

Unterstützt, Berlin, Pringelstraße 46, verleiht gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. Bld. 50 Pf., durchsichtige Halbduunen d. Bld. 30 Pf., bessere Halbduunen d. Bld. 30 Pf., vorzügliche Dunnen d. Bld. 30 Pf.

Das diesen Dunnen gegenüber ist kein Preis zum großen Christ. Preisvergleich. Preis u. Marken groß. Bitte Anzeigengeld.

Wegen Räumung ca. 500 Stück Sophistoff-Reste

ausreichend zu Bezügen, in Wolle, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltischen, nur gute Qualitäten spottbillig. (45102)

J. Adler
Teppichhaus
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Betten Steppdecken, Gardinen, Kissen, Polsteren, Chaiselongue, Tischdecken.

Sommerpaletots Anzüge, Hosen, Regulatoren, Kassetten, Opemgläser, spottbillig Pfandleiche Reanberk. 6.

Unsinn ist Viel Geld

Sonnabend: Koffer-Verkauf!

Anzug-, Valetot-, Hosen-Stoffe.

Brenner & Cie.
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Hand u. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Fahrräder erhaltend, reparatur, **Franz Stange**, Oppelnerstr. 7, 1 Tr.

Fahrräder Elets großes Lager erklaff. Fabrikate auf 44592*

Theilzahlung ohne Preishöhung zu den konstantesten Zahlungsbedingungen. **Reparatur-Fusselt**.

Adomeit & Landau, Lothringerstraße 48 I, dicht am Rosenthaler Thor.

Fabriken, Werkstätten etc. liefert ich:

40/2 Glas. Export-Weißbier ohne Wasserzahn für 3 M.
 40 Glas. helles Bairisch-Bier von welcher Brauerei gewünscht wird für 3 M. 43089*

A. Seidler Berliner Export-Weißbier-Brauerei, **Schöneberg-Berlin W.**, Sedanstraße 82. Fernsprecher: Amt Schöneberg Nr. 92.

Betten

von 10 M. an, Mandarinen-Dunnen 2,35 M. Weisswäse, Steppdecken, Gardinen spottbill. **Lude's** Bettenhaus, Reanberk. 8. Verlanbi d. Radnahme.

Wobl. Schlaf. für 2 sep. G. u. v. bei Wolf, Oranienstr. 3, Og. 3 Tr.

Wobl. Schlaf. für 1 od. 2 Herren, bei Dentzel, Reanberk. 8, 3 Tr.

Wobl. Schlaf. (od. 3 verm. Gerichte) für 1 od. 2 Tr. bei Wwe. Raup.

Wobl. Schlaf. sep. Eing. 7 M., Raunpstr. 79, v. 3 Tr. Gerichte.

Wobl. 8, 2 G., Dollmannstr. 39, v. 3 Tr. r.

Wobl. Schlaf. sep. Sebastianstr. 66, 3 Tr. r. 27345

Schlaf. zu verm. Ritterstr. 124, Quers. 3 Tr. Weger. 27350

Wobl. Schlaf. sep. Dresdenerstr. 48, 4 L.

Arbeitsmarkt.

Packer verlangt **G. Ritzberg**.
 Licht. Bilderrahmenmacher **verl. Kritan, Rotbühler Ufer 32.**

Geldschrank-Schloßer, geübt und tüchtig, finden dauernde Beschäftigung. **S. J. Arnheim**, 63/15* Badstr. 40/41.

Schriftmaler.

geübt, dauernde Beschäftigung, Licht **Hecker, Pringelstr. 32.**

Bambusarbeiter, Kott, I. Bartz, Reanberk. 9. 27399

Berliner gesucht gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung **Behr**, Hellnerstr. 7, Hof r. 2 Tr. 27275

Gummi-Rifenarbeiter gesucht

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere Rifenarbeiter, die mit der Anfertigung von granulierten Luft- und Wasserreifen, sowie Warm- und kalten Reifen vertraut und tüchtig in diesem Fache sein können. Lohnsador Verdienst, event. Reisevergütung. 27128

Lebzig Gummiwaren-Fabrik vorm. **Julius Marx, Helms & Co.** Arbeitern Licht Dampfmaschinenbau, Köpckeckerstr. 39a. 27299

3 Mädchen lernen Reuplatten um.

Anlegerinnen und Bogenlängerinnen für die Stein- druckpresse sofort verlangt. 27409

Wilhelm Bockme, Reichenbergerstraße 168.

Anleger und Bogenlänger für die Stein- druckpresse sofort verlangt. 27409

Wilhelm Bockme, Reichenbergerstraße 168.

für Hüte anzugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, wenn man die richtige Bezugswelle kennt.

Knabenstriebe d. 0,75 M. an
 Herrenstriebe . 1,25 . . .
 Cylinderhüte . 4 . . .
 Haarstriebe . 4,50 . . .
 Einsegnungsh. . 1 . . .
 Chapeaux claque zu 8 . . .
 9- u. 10 - M.
 im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert** Gut-Engros-Lager Waldemarstr. 44 part. rechts kein Laden. Nur moderne Waare in großer Auswahl

Unfallfassen, Klagen, Eingaben **Patzger, Zealinerstr. 65.**

Wohl fühlt sich bei jeder Witterung, wer **Brunnenstrasse 110** (neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt guten Rum $\frac{1}{2}$ Gl. inkl. 90 Pf. an, vorzüglich. Glühwein-Getränk, $\frac{1}{2}$ Gl. inkl. 1,10 M. an. Stoudborster inkl. Orig. Flasche (1/2, 1/4) & 80 Pf. Halb u. Halb, 90 Pf. per 1/2, Champagner-Flasche inkl. alten Nordhäuser per Liter 50 Pf. (inkl. von 90 Pf. an, sowie sammt. Sorten Weine, Cognac u. i. w., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugswelle. Bitte genau auf Nr. 110 Brunnenstr. Nr. 110 zu achten.

Sopha Stoffe

auch **Reffe** in Nips, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 40259*

Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabripreisen. **Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.**

Emil Lefèvre, 445L* Jordan, Al. Plarhstr. 28.

Milchkübel, Kannen, Eimer, Quittenschälchen 445L* Jordan, Al. Plarhstr. 28.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 1. April.
Opernhaus. Lobelanz. Die Rose von Shiraz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Hühner von Salomea. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Die Journalisten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Doppelselbstmord. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernbau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Spiritusmas. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichens. Sein Leid. Anfang 8 Uhr.
Talia. Bewusstes Glück. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Oden. Kurmäcker und Pflanze. Unter der Polarsonne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Die Goldprobe. Anfang 8 Uhr.
Luise. Gefährten.
Friedrich. Wilhelmkämpfchen. Die kleinen Bogenschützen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage.

Urania

Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlage.

Passage-Panopticum.
Vorletzte Woche!
Berliner Nachleben
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
Theater Variété.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weh.
Zur Geburtsfeier Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck
Prolog
verfasst von R. Kindleben.
Kurmäcker u. Pflanze.
Genrebild mit Gesang von Schmidt.
Zum Schluss: Hum. 53. Mater:
Unter der Polarsonne.
Großes Lustspiel mit Gesang von C. Sondermann u. Chr. Weh.
Weh. Reporter. Karl Weh.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Freisängert.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Morgen: Unter der Polarsonne.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Benefiz für Rudolf Ehnig.
Die Kunst geliebt zu werden
Viehspiel von Ferdinand Gumbert.
Vorher:
Das vierte Gebot.
Zeitbild mit Gesang v. Baumeister.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntag 6 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.

Budapester
Possen- und Operetten-Theater
Kaufmann's Variété
Direktion: Gabr. Herrnsfeld.
Nur noch kurze Zeit das Zug- und Kassenstück:
Von Dreien
der
Glücklichste
von Donat u. Anton Herrnsfeld.
Ausserdem:
Das neue April-Programm.
Neu! Geschwister Neu!
Silvius.
Damen-Gesangs- u. Tanzerkott
Neu! **Professor Neu!**
Pedro Ricardo,
das sensationellste d. Dressur mit seinen 12 Serpentin-tanzenden Hunden.
Neu! **Philipp Bradi,** Neu!
Walzer- u. Koppeltsänger.
Neu! Neu! Neu!
Amanda Nordstern,
der weibliche Komiker.
Die „Original Witschke's“,
Professor Roberts etc. etc.
Voranzeige.
Mittwoch, den 20. April 1898:
Erstes Auftreten des unverwundlichen Berliner Volkshumoristen
Martin Bendix
in dem neuesten Gebrüder Herrnsfeld'schen Lustspiel
„Die vierte Frau“
als Vogelzüchter „Schusselich“.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse No. 77.
Die phänomenale Kontra-Altistin
Valentine Cadova,
der Original-Humorist
Karl Wilhelm
und
15 neue Debüts!
Reichshallen-Tunnel:
Täglich: Doppel-Konzert und Soirée.
Sonabend: Bockbierfest.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dr. J. Glück.
Heute, Debut:
Eugenie Fougère
Robert Steidl
ferner:
20 hervorrag. Spezialitäten.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Bekanntmachung!
Der Mord
an
Alexanderplatz
und
König Heinrich
zwei neue zweifelhafte Schütternide
Böden
erzielen täglich in
Quarg's
Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz
einen grohörtigen
Erfolg!
Anfang 8 Uhr. - Entree 15 Pf.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Direktion: Richard Winkler.
Sensationelles Riesens-Programm.
Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. Mr. Alexander Selino, der Mann mit der eisernen Hand. Das größte Wunder der Welt! Theodor Silling, Parforce-Turner am letzten Rest.
Neu!
Die Regimentsnummer
Pöke mit Gesang v. R. Reichardt.
Das Neueste vom Neuen.
Lebende Photographien
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Opern-Palast ausgedachten Gärten u. Freizeitanlagen haben Gültigkeit.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11-10 Uhr.
Vorstellungen abends 8-9.
Kinder und Militär 50 Pf.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Conjui u. Conjine.
Schwanf.
Hanny Nelson, Original-Tyrolenne.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.

Olympia-Riesen-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse
Sport
Jockey-Flach-Reiten etc.
Preisringkampf
zwischen Mr. Charles de Barré und Herrn Oskar Schmidt aus Berlin
in
Holossy Kiralfy's Konstantinopel
Anfang 8 Uhr.
Beginn d. Rennen 8 1/4 Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.
Aufforderung!
Heute, morgen und Sonntag ringe ich im Neuen Olympia-Riesentheater und fordere ich hierdurch die Berliner Preisringer zu einem
Zweikampf
Ich erkläre mich bereit, auch nach deutscher Art zu kämpfen und werde ich demjenigen, der mich regelrecht besiegt
300 Franks
zahlen.
Charles de Barré.

Schluss der Saison 6. April.
Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Freitag, den 1. April 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Humorist. Vorstellung.
Zum 1. Male: Bros. Taylor mit ihren fünf Brüdern. Zum 1. Male: Nipp & Tipp als Boyer. Zum 1. Male: Der Klowa Bogdanowski mit 11 kleinen August. Außerdem: **Amateur-Konkurrenz-Reiten.** Wer dreimal lebend zu Pferde die Bahn umreitet, erhält eine Prämie von 50 R. Kanallerie zu Fuß, höchst kost. Internazjio. Die vorzähl. Freiheitsdresd. d. Dir. Busch. Auftreten des belichteten Schuttreiters Herrn Footitt-Burghardt.
Zaragoza. Original. Manège-Schauspiel des Circus Busch. Morgen, Sonnabend: **Parada-Gala-Vorstellung.** Benefiz i. d. beliebigen Schuttreiter von Footitt-Burghardt u. d. vorzähl. Schuttreiterin Adme. Maria Doré.
Auf diese, an mich ergang. Gesuche habe ich mich nochmals entschlossen, am Sonntag, den 3. April, nachm. 4 Uhr, den grünen Akt mit dem brennenden Schloffe aus der Pantomime Zaragoza zu geben.

Nieff's Fest-Säle
Weberstr. 17. ca. 1000 Pers. faßb.
Sonabend, 26. März, 2. April und Palmsonntag frei. 4450 L.

Sozialdemokratischer
Wahlverein f. d. 3. Berliner
Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige!
Den Mitglidern zur Nachricht, daß der Genosse, Tapezierer
Otto Bernhardt
am 24. März im Alter von 24 Jahren verstorben ist.
240/10
Ihre feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 1. April, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes in der Markstraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Am 28. d. M. verstarb nach kurzen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer
Fritz Schaletzke.
Die Beerdigung findet Freitag, den 1. April, nachm. 4 Uhr, vom Emmaus-Kirchhofe aus statt. 27368
F. Schaletzke nebst Kindern.
Ich habe meine Wohnung nach Ritterstraße 30a verlegt. Dr. Arthur Gottberg.
Empfehle meinen neuerbauten, über 1000 Personen fassenden Saal zu Vereinstätlichkeiten und Versammlungen.
Julius Mierke,
27376 Schönehauser Allee 102.

Empfehle meinen Freunden u. Bekannten mein **Welsch- und Bairisch-Bier-Saal** nebst Vereinszimmer bis 50 Personen fassend. 45212
S. Siejak,
Spandauer Brücke 13.
Wirtshaus z. goldenen Stern.
Empfehle allen Ausgehern mein **Restaurant,** 15 Minuten von U-Bahnhof und Grünauer Bahnhof. Raststätte, zwei Regalbahnen haben zur Verfügung. 46000
Heinrich Saus,
Alt-Glienicke, Grünauerstr. 19a.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Heute,
Freitag, den 1. April:
Abschieds-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Neyfel, Pietro, Britton, Zeidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
(Sonntags 40 Pfennig.)

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Sonabend, den 2. April:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Der Sonnenhof.
Schauspiel in 5 Akten v. Rosenthal.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und **Humoristen.**
In Zossen.
Fortsetzung von **Alle 5 Barriolen.**

Wilmersdorf
V. Klingenberg's Volksgarten
Berlinerstr. 40 und Gastelgarten.
Jeden Sonntag: **Großer Ball** bei starkbesetztem Orchester.
Um vielen Wünschen nachzukommen, stelle ich meine gel. Lokalitäten: Gr. Garten, Tanzsaal, Regalbahnen, Kaffeeküche etc. in den Sommermonaten außer Sonntags auch Sonntags den geehrten Vereinen z. Verfügung. a. Berl. u. neugeb. Bestell. hierauf schon jetzt entgegen. 144290
Heinrich Klingenberg.

Schuhgeschäft
passend für Parteigenossen, gutgehend, in Krantzhäuser billig zu verkaufen. Röh. Germania-Ausschank, Fennstr. 61.
Arbeitsanzüge W. Fahr
Brunnenstr. 112.
Bücher jeder Wissenschaft, ganze Bibliotheken, Juwelen, Gold, Silber, Möbel, Piano's, Cigarren, Warenposten jeder Art auch Versandweise bar. faukt u. beliebt i. hoch Grünberg, Rosenthalerstr. 11/12
Engros. 40963* **Export.**
Schuhwaaren-
Lager in sämtlichen Artikeln. Detail-Vorkauf zu Engros-Preisen.
Alexanderstr. 67a, I. Etage (am Alexanderplatz).
Sonabend geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags 8-10 Uhr vorm.
Brantbett, procht. roth, 30 R., sof. zu verl. Ritterstr. 115 v. 2 Tr. z.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Genie, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deuthstraße 20, 21:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, den 10. April (1. Osterfeiertag), nachmittags 4 Uhr, in der Urania, Taubenstraße: Vortrag: Vom Watterhorn zur Jungfrau. 79/3

Achtung! Puber. Achtung!
Am Sonntag, den 3. April, vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
des Zentralverbandes deutscher Maurer (Zentrale I Berlin).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassiers vom 1. Quartal 1898. 2. Besprechung über das diesjährige Stützungsst. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches und recht pünktliches Erscheinen ersucht
134/12 **Die örtliche Verwaltung.**

Tischler-Verein.
Sonabend, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zum 1. Osterfeiertag. 198/9 **Der Vorstand.**
Schäfftearbeiter und -Arbeiterinnen (Verein deutscher Schu-macher, Zentrale V.)
Sonabend, den 2. April 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstrasse 57:
Versammlung.
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Vereinsangelegenheiten. 160/18
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. **Der Vorsitzende.**

General-Versammlung
des Vereins der Bau-Anschläger Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 3. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Antrag Jähling. 3. Die Kasseier. 4. Verschiedenes und Freigefahren.
Beiträge werden nur in der Zeit von 10-11 Uhr entgegengenommen.
Die Kollegen C. Schenter und G. Bergan sind zu dieser Versammlung geladen. **Der Vorstand.** 33/7

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zentrale Berlin I.)
Am Sonntag, den 3. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Stabernack, Inselstrasse 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassiers pro 1. Quartal 1898. 2. Beschlussfassung über eingegangene Anträge. 3. Verbandsangelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
32/5 **Die Ortsverwaltung.**

Fachverein
der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Am Sonnabend, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Oranienhallen“, Oranienstr. 51:
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des 1. Vorsitzenden. 2. Vorschläge des Vorstandes betreffs Abänderung der Statuten. 3. Gewerkschaftliches.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
141/14 **Der Vorstand.**
Die Kollegen werden aufmerksam gemacht, daß vom 1. Mai ab die Beiträge wöchentlich auf 20 Pfennig erhöht werden.

Zum Besten des Baufonds
der Freireligiösen Gemeinde
Dienstag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr,
in Louis Keller's Saal, Köpenickerstr. Nr. 29:
2. Vortrag des Schriftstellers Ernst Friedrich über:
„Spiritistischer Humbug“ (mit neuen Experimenten).
Billets à 20 Pf. sind in allen betannten Billethellen der „Freireligiösen Gemeinde“ und Dienstag Abend am Eingang zur Versammlung zu haben. 62/3 **Die Bankkommission.**

Rixdorf!
Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.
Montag, den 4. April, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
bei Klein, Kaiser Friedrichstr. 236.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Vortrag: „Die Frau als Sklavin im modernen Zeitalter.“ Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedbuch legitimiert. Zu dem Vortrag um 9 1/2 Uhr haben Bitte, durch Mitglieder eingeführt. Zutritt. Um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ersucht W. Zeude.

VERBAND DEUTSCHER ILLUSTRATOREN
Ausstellung
in der Königlichen Akademie
Geöffnet 10-6. 1. April - 1. Mai. Sonntags 11-3.

Redakteur,
selbständige leitende Kraft für ein täglich erscheinendes Parteiorgan zur Ausschilfe auf drei Monate (bis 30. Juni) gesucht. Rednerische Gewandtheit erwünscht. Hohes Gehalt. Offerten unter Beifügung von Referenzen und Gehaltsanprüchen sofort unter Chiffre B. 3 an die Expedition des „Vorwärts“ erbeten. 148802*

Für Charlottenburg
befindet sich jetzt
die Expedition des „Vorwärts“
Schillerstr. 94, v. I. bei G. Scharnberg.

Bade-Anstalt
An der Stadtbahn 50, am Haekeschen Markt.
Lohtannin-, Dampf-, Schwefelbäder, Wannen- und alle medizinischen Bäder.
Annahme von Krankenlisten. Schenken. 47011*
Geöffnet bis 10 Uhr abends. Sonntags bis 3 Uhr.
Briefmarken - Sammlungen kaufw. | Herren-Anzüge v. 30, Paletots u. Cohn, Zernsdorferstr. 1. 30 R. fert. Busse, Charlottenstr. 72, IV.